

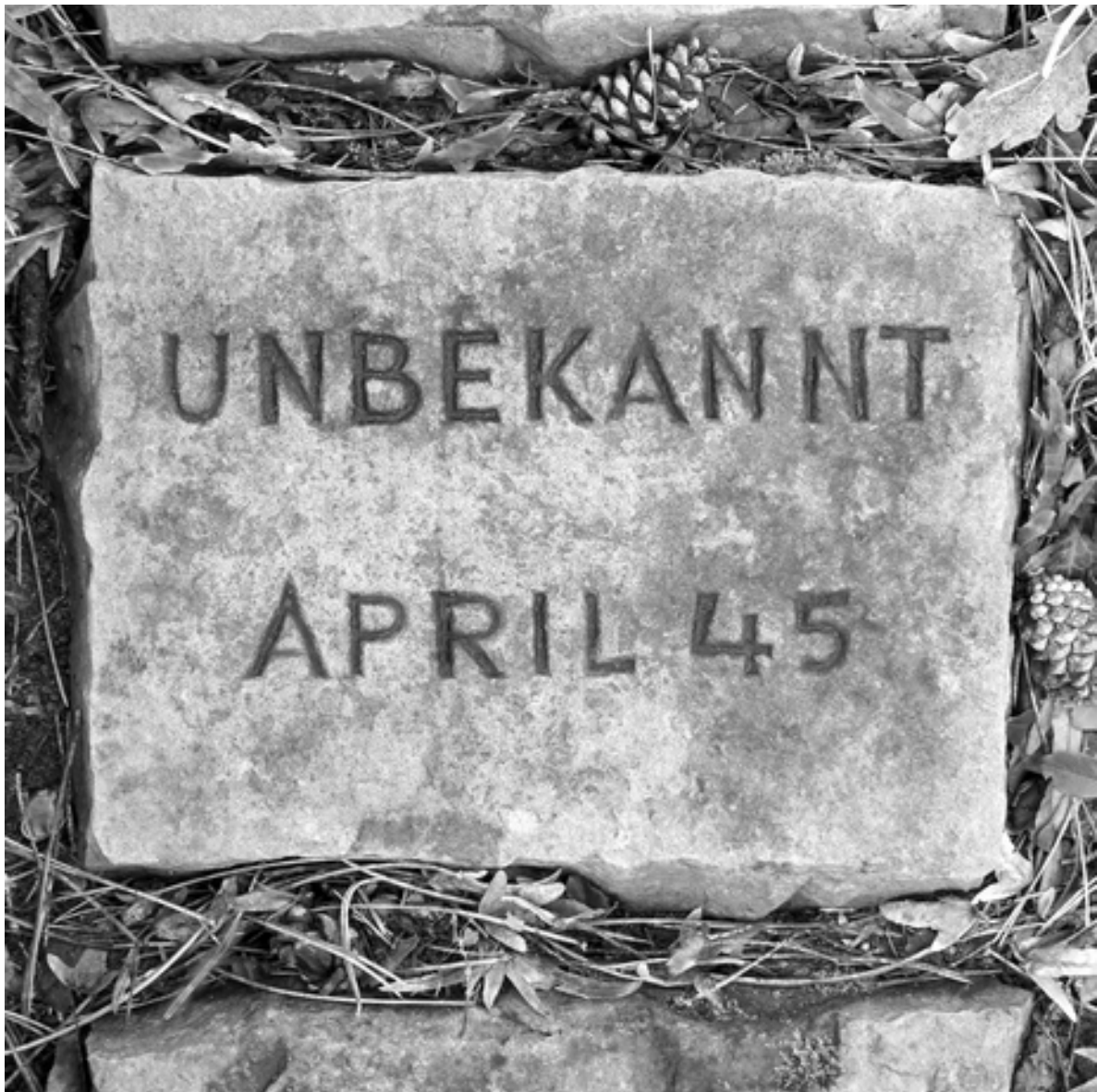
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in cello

Nr. 99

April/Mai 2020



Kriegsende in Cello

INHALT

Ökosysteme erhalten	
Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!	3
Rezension: Das Sterben der anderen	5
Bomben – Massaker – Todesmärsche – April 1945	
Lebenszeichen aus der Hölle	5
Zur Nachgeschichte des Massakers vom 8. April 1945	
Vom Verschweigen zur Erinnerungskultur	8
Klimapolitik – Faktencheck	12
Hand in Hand – Rettungskette zum Mittelmeer	14
Auf dem Weg zur autofreien Altstadt	
Parking Day Premiere in Celle	15
Meldungen	16
Laternengespräche: Ooooooooo-ohhh, my Sharona	18
Besserwissis Anmerkungen zu Alltagslügen - diesmal	
„Windräder sind Vogelschredder“	20
Wir trauern um Klaus Jordan	22
AntiFa: Löns, Höcke, B & H, Eschede	23
Die verschwiegene Geschichte in Unterlüß	
Zwangsarbeit – KZ-Außenlager Tannenberg	25
Celle im April 1945 (Fotos)	27
Rezension: Schluss mit der Ökomoral	28
Theaterstücke in Celle	
Soziogramme aus der Jetztzeit	29
„Komet“ reflektiert Geschichte	31
Corona-Basics in arabisch	32



Hallo werte Leser*innenschaft,

die Ausgabe war gespickt mit Veranstaltungs- und Demohinweisen – wir haben das ziemlich zusammengestrichen. Da uns einige Stellen fehlen, wo das Heft ausliegt, haben wir auch die Auflage zurückgefahren & hoffen, dass Interessierte zur Download-Option greifen.

Krankheiten betreffen die Individuen, Seuchen auch die Gesellschaft, heißt es. Selbst nach Abklingen der Epidemie wird die Gesellschaft lange daran zu „laborieren“ haben, vor allem weil die Wirtschaftskrise die Verteilungskämpfe verschärfen wird. - Mit der Epidemie selbst beschäftigen wir uns nur am Rande (Laternengespräche). Falls ihr arabisch sprechende Leute kennt, könnt ihr die letzte Seite mit Basisinfos für sie kopieren.

Wir haben im neuen Jahr den Frauenanteil in der Redaktion auf 33 % gesteigert und liegen damit knapp über dem Bundestag. Mehr wäre allerdings mehr.

Und: Wir hätten schon erwartet, dass wenigstens eine*r von euch auf Besserwissis Fehler im Landwirtschaftsartikel der letzten Ausgabe hinweist. Aber nein; deshalb hier: In NDS beträgt der Humusverlust pro Jahr nicht 0,25 bis 5,0 kg pro Hektar, sondern pro Quadratmeter.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint Anfang Februar, April, Juni, September, November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock, Unterwegs

Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!

Aktuell wird die Naturschutzgesetzgebung in Niedersachsen überarbeitet. Es wird voraussichtlich keine wirkliche Verbesserung geben. Deshalb initiiert der NABU Niedersachsen gemeinsam mit einem breiten Bündnis das Volksbegehren „Artenvielfalt.Jetzt!“.

Um den rasanten Rückgang der Artenvielfalt in Niedersachsen zu stoppen und unsere Landschaft wiederzubeleben, müssen das Niedersächsische Naturschutzgesetz, das Niedersächsische Wassergesetz und das Niedersächsische Waldgesetz dringend geändert werden.

Den Weg dahin sehen die Initiator*innen in einem Volksbegehren. Vorbild ist das Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ im vergangenen Jahr in Bayern. Nachdem 1,8 Millionen Menschen das Volksbegehren unterstützt hatten, übernahm der bayerische Landtag die Forderungen in ein neues Naturschutzgesetz.

Mit einem Volksbegehren bringen Bürger*innen und Bürger selbst ein Gesetz in den Landtag ein. Damit es dazu kommt, müssen zehn Prozent (das sind rund 610.000) der Wahlberechtigten aus Niedersachsen das Volksbegehren unterschreiben. Lehnt der Landtag das Gesetz ab, entscheiden dann alle Wahlberechtigten in einer direkten Volksabstimmung über das Gesetz.

Was in Bayern geklappt hat, kann auch in Niedersachsen erfolgreich sein. Aber: Mehr noch als in Bayern werden Landwirt*innen einen enormen Gegenwind entfachen. Sie wehren sich seit Monaten gegen die Verschärfung der Düngemittelbestimmungen. Und ja – es gibt einen Interessengegensatz zwischen konventioneller (industrieller) Landwirtschaft und Artenschutz.

Artenschutz kann nur gelingen, wenn unsere Gewässer geschützt, die ökologische Landwirtschaft gefördert sowie Lebensräume für Vögel, Insekten und andere Arten erhalten werden. Die Schutzgebiete sollen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächliche Wirkung entfalten.

Hanso Janßen, Landesvorsitzender von B'90/Die Grünen, ging in der Pressekonferenz zur Vorstellung des Volksbegehrens darauf ein. Es gelte, die für die Artenvielfalt so wichtigen Strukturen in der Landschaft wie Hecken, Wegeränder und Feldraine zu schützen. Naturschutzgebiete sollen von Pestiziden freigehalten, Gewässerränder nicht gedüngt und gespritzt werden, um auch hier die Artenvielfalt zu erhöhen und die Gewässer zu schützen. Aber, so Janßen: „Für die damit verbundenen Ertragseinbußen der

Landwirte sind gesetzliche Ausgleichszahlungen vorgesehen.“ Darüber hinaus müsse die Agrarpolitik umgebaut und deutliche Anreize für nachhaltiges Wirtschaften gesetzt werden.

Unterstützt wird das Volksbegehren auch von einem Bündnis von niedersächsischen Jugendverbänden, zu denen u.a. BUNDjugend, FridaysforFuture, Grüne Jugend, Linksjugend [solid] und Naturfreundejugend gehören. Niedersachsen und NAJU Niedersachsen. Für dieses Bündnis wies Magdalena Schumacher auf der Pressekonferenz darauf hin, dass es um Zukunftsfähigkeit geht:

„Die derzeitige Agrarpolitik ignoriert den Wert von Natur. Dies trägt erheblich zu einem globalen Artensterben ungeheuren Ausmaßes bei. Wir fordern ein Gesetz für Niedersachsen, das biologische Vielfalt wirksam schützt, Ökosysteme für nachfolgende Generationen erhält und nachhaltige Landwirtschaft fördert. Konsequenter Natur- und Artenschutz ist zugleich ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz. Nur so ist eine lebenswerte Zukunft möglich: There is no future on a dead planet!“

Im Bündnis vertreten ist auch der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund, was vielleicht die Cellesche Zeitung angesichts ihrer „Celler blüht auf“-Kampagne empfänglicher für die Forderungen des Volksbegehrens machen könnte. Für den Verband wurde Imker Klaus Ahrens sehr deutlich: „Unsere Bienenvölker sind in Gefahr. Blütenpollen, die nicht nur für Honigbienen, sondern auch für Wildbienen und Hummeln lebensnotwendig sind als Futter für ihre Brut, sind immer häufiger regelrechte Chemie-Cocktails. Das zeigen zahlreiche Untersuchungen. Ohne Bienenvölker funktioniert aber weder die Landwirtschaft noch der Obstanbau. Trotzdem äußern sich Politik und Landwirtschaft, als wäre alles noch verhandelbar. Aber die Natur verhandelt nicht! Deshalb brauchen wir das Volksbegehren.“

GEMEINSAM FÜR MEHR ARTENVIELFALT IN NIEDERSACHSEN!

1/2 von 11.000 nds. Tier- und Pflanzenarten BEDROHT	62% aller Wildbienenarten im Bestand GEFÄHRDET	12 Mio. Vogelbrutpaare bundesweit in 10 Jahren VERSCHWUNDEN
---	--	---

Werden Sie Teil des Bündnisses und unterstützen Sie das Volksbegehren Artenvielfalt!
info@artenvielfalt-niedersachsen.jetzt



Zu den Erstunterstützer*innen gehören u.a. Bündnis '90/Die Grünen; BUND; Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerbund; Heimatbund Niedersachsen; Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen; DIE LINKE Niedersachsen; NABU Niedersachsen; NaturFreunde Niedersachsen; ÖDP und Piratenpartei. Auch wenn es eine gesellschaftliche Breite spiegelt, dürfte es trotzdem schwierig werden, die 610.000 Unterschriften zu sammeln – B'90 Die Grünen und Die Linke hatten bei der letzten Landtagswahl zusammen rund 510.000 Stimmen. Deshalb wäre es wichtig, dass alle Bündnispartner*innen nicht nur ihren Namen in den Dienst des Volksbegehrens stellen, sondern es tatsächlich auch zu ihrem Ding machen. Leider handelt es sich auch nicht um die üblichen Unterschriftenlisten; es müssen einige Formalien eingehalten werden, weil jede einzelne Unterschrift geprüft wird.

Wenn die ersten 25.000 Unterschriften vorliegen, wird die Zulassung des Volksbegehrens beantragt. Nach Antragstellung prüft die Landesregierung, ob das Volksbegehren zulässig ist. Ab dann gibt es sechs Monate Zeit, die rund 610.000 Unterschriften in Niedersachsen zu sammeln. Voraussichtlich im Herbst 2020 endet dann das Volksbegehren.

In Celle wird die „Aktionsgruppe“ von Andrea Pohlen vom NABU koordiniert; die NABU Geschäftsstelle in der Schuhstraße 40 ist deshalb für alle Interessierte die erste Anlaufstelle – die Email ist celle@artenvielfalt-niedersachsen.jetzt



Weniger Pestizide, mehr Ökolandbau Den ökologischen Landbau deutlich ausweiten

In den Grundsätzen des Gesetzes wollen wir das Ziel verankern, die ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche in Niedersachsen von aktuell 5,4 Prozent schrittweise bis zum Jahr 2025 auf 15 Prozent und bis zum Jahr 2030 auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen.

Ökologisch bewirtschaftete Flächen sind vor allem wegen des Verzichts auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und Kunstdünger wesentlich artenreicher als konventionell genutzte Acker- und Grünlandflächen. Zudem leistet der Ökolandbau wegen des deutlich höheren Humusanteils im Boden einen Beitrag zur Bindung von Kohlenstoff und damit zum Klimaschutz. Mit dieser Regelung im Naturschutzrecht können und wollen wir keinen konkreten landwirtschaftlichen Betrieb zur Umstellung zwingen. Das ist und bleibt die freie Entscheidung der einzelnen Bäuerinnen und Bauern. Diese gesetzliche Regelung verpflichtet daher die Landesregierung, Bedingungen zu schaffen, die die Umstellung auf den ökologischen Landbau ausreichend attraktiv machen.

Weniger Pestizide Deutschlandweit werden jährlich rund 35.000 Tonnen Pestizide verkauft – rund 4.500 Tonnen davon mit dem seit Jahren hochumstrittenen Wirkstoff Glyphosat. Die Absatzmenge der Pestizide ist in den letzten 20 Jahren weitgehend konstant.

Die Pestizide lassen sich in drei Wirkstoffgruppen einteilen: Herbizide zum selektiven oder vollständigen Abtöten von Pflanzen, Fungizide gegen Pilze und Insektizide gegen Insekten. Von einer Reihe von Insektiziden (der Gruppe der Neonikotinoide) ist bekannt, dass sie unsere Bienen unmittelbar schädigen.

Der Pestizideinsatz insgesamt ist eine der wesentlichen Ursachen für den dramatischen Rückgang unserer Insekten und damit auch unserer Singvögel, die sich Frühjahr von Insekten ernähren.

Deshalb wollen wir den Pestizideinsatz endlich wirksam reduzieren: Durch ein grundsätzliches Verbot des chemisch-synthetischen Pestizideinsatzes in Schutzgebieten, durch eine deutliche Ausweitung des Ökolandbaus, bei dem diese Mittel verboten sind und eine deutliche Reduzierung auch auf allen anderen Flächen.

Insgesamt wollen wir den Pestizideinsatz bis 2030 um 40 Prozent reduzieren.

Quelle: NABU Niedersachsen-Journal 1-20

Zum Artensterben haben wir auf der Seite 5 noch eine Besprechung des Buches „Das Sterben der Anderen“ von Tanja Busse.

Das Sterben der anderen

Viele von uns werden die zehn Jahre alte Grafik von Johan Rockström zu „Planetary Boundaries“ (Belastungsgrenzen des Planeten) in Erinnerung haben. Und irgendwie haben wir auch registriert, dass es da am schlimmsten um das Artensterben bestellt ist. Aber für die politische Linke wurde dieses Thema überlagert von der Klimakatastrophe. Erst mit dem bayerischen Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ und Maja Lundes Bestseller „Die Geschichte der Bienen“ ist das Artensterben wieder in den Blick gerückt.

Die bekannte Wissenschaftsjournalistin Tanja Busse („Die Ernährungsdictatur“, „Die Wegwerfkuh“) hat jetzt ein Buch geschrieben, mit dem hoffentlich breitere Kreise auf des Artensterben und die jetzt erforderlichen Gegenmaßnahmen aufmerksam werden. Denn: Wir befinden uns mitten im sechsten Massenaussterben der Erdgeschichte.

Tanja Busse nimmt uns mit auf eine Tour zu Expert*innen und eröffnet uns aus deren jeweiliger Perspektive einen Blick auf die unterschiedlichen Probleme und Lösungsansätze. Das ist lebendig geschrieben und wird – wenn wir den jeweiligen Aspekt im Ansatz verstanden haben – untermauert durch Forschungsergebnisse. Das Ganze bettet die Autorin dann noch in eine Generationenkette ein. Aufgewachsen als Tochter eines Landwirts hat sie Erfahrung über die Veränderungen in der Landwirtschaft seit den 1970er Jahren, und dadurch auch ein Verständnis für die Sorgen der Landwirte. Und ihr gelingt es auch, den Blick ihres fünfjährigen Sohnes auf die Umwelt als Perspektive einzubinden.

Schnell wird klar: Biodiversität ist eine Überlebensfrage für die Menschheit.

Hinter jeder Ökosystemleistung stehen Gruppen von Arten. Manchmal können andere die Aufgaben übernehmen, wenn eine Art verschwindet. Aber die einzelne Art kann auch so wichtig sein, dass ohne sie eine bestimmte Ökosystemleistung eben nicht mehr erbracht werden kann. Das klassische Beispiel sind die Bestäubungen durch Insekten. Das Artensterben kann schnell auch zur Gefährdung ganzer Ökosysteme führen. Das zum Beispiel macht Busse deutlich daran, wie die Überfischung des Kabeljaus Schritt für Schritt große Teile der sauerstoff- und fischreichen Ostsee in eine Todeszone verwandelt hat.

Eigentlich ist unstrittig, dass die chemiebasierte Landwirtschaft eine entscheidende Ursache für das Insektensterben ist – neben der Versiegelung von Flächen, der Fragmentierung der Habitate und der Strukturverarmung in weiten Teilen der Landschaft. Aber Busse meint, es wäre heuchlerisch, die Schuld den Landwirt*innen zuzuschreiben: „Dieser anhaltende Flächenverbrauch ist die Folge unserer gefräßigen und zerstörerischen Lebens-



und Wirtschaftsweise, unserer gestiegenen Flächenansprüchen beim Wohnen, unserer Ansprüche an unbegrenzte Mobilität, eine Folge unseres konsumorientierten Lebensstils, der Produktionsflächen fordert und Müllhalden produziert. Mit dieser Lebensweise gefährden wir unsere eigenen Lebensgrundlagen und rauben damit auch Pflanzen und Tieren den Platz zum Leben.“ (151)

Aus ihrer Sicht gibt es eine gemeinsame Verantwortung, was sie an vielen Beispielen plausibel macht – und sie zeigt dabei auf, was sich z.B. in der Landwirtschaft ändern müsste. Sie lässt uns dabei teilhaben an ihrem Lernprozess, der in folgendem Fazit mündet:

„Zu Beginn meiner Recherche dachte ich, es ginge um Heuschrecken und Insekten und seltene Vögel mit hübschem Gefieder und dass es nicht gut ist, dass wir sie aussterben lassen. Doch dann ist mir klar geworden: Es geht um uns alle. Es ist das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Das Sterben der anderen wird unser eigenes sein.“

Tanja Busse: Das Sterben der anderen. Wie wir die biologische Vielfalt noch retten können. Blessing (München), 416 Seiten, ISBN: 978-3-89667-592-7, 18 EUR

Lebenszeichen aus der Hölle



Armand Roux



Camille Déletang

Die französischen Resistance-Kämpfer Armand Roux und Camille Déletang sind schon 58 Jahre alt, als sie im Februar 1944 an unterschiedlichen Orten in Frankreich von der Gestapo verhaftet werden. Nach Deutschland verschleppt, treffen sie erstmalig im KZ Holzen aufeinander.

Im September 1944 gehören sie zu den ersten Häftlingen, die in dem neu errichteten Arbeitslager bei Eschershausen zum Ausbau einer Stollenanlage gezwungen werden. Hier sind sie mit etwa 500 Häftlingen auf engstem Raum unter desolaten hygienischen Verhältnissen eingepfercht.

Armand Roux ist als Häftlingsarzt eingesetzt und beginnt, heimlich ein Tagebuch zu führen. Camille Déletang ist seit seiner Jugend begeisterter Portraitzeichner. Unter Lebensgefahr zeichnet er in seiner knappen Freizeit Porträts seiner Mithäftlinge und Szenen aus dem Lageralltag. Es gelingt ihm, seine Zeichnungen unentdeckt in einer Mappe zu sammeln.

Anfang April 1945 ist das Lager hoffnungslos überfüllt mit Häftlingen aus dem geräumten Lager Auschwitz und auch das Lager Holzen steht kurz vor der Entdeckung der anrückenden alliierten Streitkräfte. Am 5. April werden etwa 370 Häftlinge vom Lager Holzen auf Güterwaggons verladen und zum KZ Salzgitter-Drütte transportiert, wo schon etwa 2600 Männer und etwa 450 Frauen für den Weitertransport zusammengepfercht sind. Aus geringstem Anlass folgen schwere Misshandlungen oder Tötungen durch die SS-Wache. Déletang muss im überfüllten Lager um sein Leben fürchten, wenn bei ihm seine Mappe mit den Zeichnungen entdeckt wird. Er übergibt sie an den unverdächtigeren Armand Roux, der als Häftlingsarzt gekennzeichnet, „Material“ mit sich führen darf. Roux verstaut die Mappe zusammen mit seinem Tagebuch in einem Brotbeutel.

Die etwa 3400 Häftlinge müssen unter der Bewachung von zweihundert SS-Männern und 34 Aufseherinnen in offene Güterwaggons steigen. Am Abend des 7. April setzt sich der Zug in Richtung Belsen in Bewegung. Am Nachmittag des 8. April werden die Ölförderanlagen bei Nienhagen von Bombern angegriffen. Vom Zug aus beobachten die Häftlinge die gewaltigen Rauchwolken und hoffen auf ihre nahende Befreiung.

Die Bewacher befürchten weitere Bombenangriffe und lassen den Zug nach Celle umleiten. Auf dem Güterbahnhof wird der Häftlingszug gegen 16.00 Uhr abgestellt, weil seine Lokomotive ausgetauscht werden soll.

Während dessen sind Bomber der 9. U.S. Air Force unterwegs zu einem taktischen Routineangriff zur Unterbrechung von Bahnverbindungen. Damit soll der Vormarsch der 2. Britischen Armee in westlicher Richtung unterstützt werden.

Die erste Welle der Bombenangriffe auf die Gleisanlagen des Güterbahnhofes beginnt um 18:11 Uhr und dauert nur drei Minuten.



Entscheidende Treffer erhält der vordere Teil des Häftlings-Zuges. Bis 19 Uhr folgen noch zwei weitere Angriffswellen. Wieder wird das gleiche Gebiet auf und um die Bahnanlagen in Neuenhagen/Neustadt getroffen. Für jeden Einzelnen dort bleibt jetzt nur der Kampf um das eigene Überleben. In dieser Ausnahmesituation wird Armand Roux von einem flüchtenden Mithäftling der vermeintlich mit Lebensmitteln gefüllte Brotbeutel mit den Dokumenten und Zeichnungen entrisen.

Wachmannschaften nehmen Flüchtende sofort unter Beschuss. Die meisten Häftlinge flüchten westwärts in Richtung Neustädter Holz. Zu Hunderten stürmen die Elendsgestalten durch die dünn besiedelte Celler Neustadt und werden brutal von der SS-Wachmannschaft vorangetrieben. Eine Anwohnerin: „Diese Gefangenen waren halb verhungert, dünn und verletzt. Es war schrecklich. ... Ein KZ-Häftling war hingefallen, und einer der Wachen schlug ihn sofort mit dem Gewehrkolben.“ Viele Überlebende berichten, in den Stunden nach dem Angriff auch von älteren Volkssturmmännern und Hitlerjungen verfolgt worden zu sein. Ein Augenzeuge berichtet von der Ermordung dreier seiner Kameraden durch Hitlerjungen auf dem Waldfriedhof.

Mit Einbruch der Dunkelheit wird es ruhiger, doch die damals 22-jährige Slowenin Marija Martinčič berichtet von einer Schreckensnacht. Zusammen mit einer Gruppe von zwölf jungen Polinnen hatte sie den Kontakt zu den anderen Häftlingen verloren und wird von „deutschen Kriminellen“ und Soldaten angehalten und zum Bleiben aufgefordert. In der Nacht werden alle zwölf Polinnen vergewaltigt.

Am frühen Morgen des 9. April durchkämmen bewaffnete Einheiten das Gelände im Neustädter Holz. Der damals zwölfjährige Adolf Völker: „Und dann hörte man ein ganz großes Geschrei. Nämlich dann kam eine Schützenkette von der Bahn her, die nun diese Häftlinge, die sich da im Felde versteckt hatten, die in den Lauben der dazwischenliegenden Schrebergärten übernachtet hatten, die sich verkrochen haben aus Angst, denn auch die waren ja in Panik geraten durch die Bomben, trieben die vor sich her und haben auf alles geschossen, was Häftlingskleidung anhatte und sich bewegt hat.“

Der überlebende KZ-Häftling Hans Bluhm: „So sahen wir auch ein Kommando von Polizei mit gezogener Pistole herankommen und einfach zwischen unsere Häftlinge tretend und ca. 20 Häftlinge abtrennend, wegschiebend, einkeilend, und diesen befehlend, sich hinzulegen mit dem Gesicht zur Erde. So erhielten sie Genickschüsse. Das unmittelbar neben mir.“

Die 17-jährige Polin Barbara Dobrowolska kann zusammen mit ihrer Mutter und ihrer Schwester noch bis nach Dasselsbruch flüchten. Wegen angeblicher „Spionage“ werden sie dort von Luftwaffensoldaten am 11. oder 12. April erschossen.

Am Abend treiben einige Volkssturmmänner etwa 180 Verwundete und Umherirrende in einen verdreckten Pferdestall der Heidekaserne (heute Rathaus) und verlassen sie dort unversorgt.



Gegen Mittag des 9. April werden die verbliebenen etwa 2000 Häftlinge von Celle nach Bergen-Belsen getrieben. Unter ihnen befinden sich auch Armand Roux und Camille Déletang. Ein Zeugenbericht: „Ich sah, wie der kranke und geschwächte Chlebowski den Oberst Déletang, der gestürzt war, wieder aufrichtete. Beide konnten sich kaum noch auf den Beinen halten. Beiden drohte der Wachmann. So gingen wir weiter und halfen uns gegenseitig. Schon war der SS-Mann hinter uns und wartete nur darauf, dass einer von uns hinfiel. Er hasste alte Leute wie Déletang. Der Oberst aber stürzte nicht und er konnte in deshalb nicht töten. Wir wussten, wie gerne er den alten Mann getötet hätte.“

Die Häftlinge aus Celle gehören zu den letzten Ankömmlingen, die in das bereits vollkommen überfüllte Hauptlager Bergen-Belsen getrieben und dort weitestgehend sich selbst überlassen werden.

Die damals 17-jährige Ukrainerin Nadezda Prokopenko (KZ-Salzgitter) berichtet: „Was wir dort sahen, er-

schütterte uns so, dass es uns die Sprache verschlug. Ausgezehrte, dürre, entkräftete Menschen saßen bei den Barackenwänden, einige von ihnen krochen die Stufen hinauf, da ihnen die Kraft fehlte, aufzustehen. Überhaupt waren das keine Menschen, das waren nur noch Schatten. Im Lager herrschten Hunger, Kälte, Krankheit und Tod. Tagsüber war es erlaubt, auf das Gelände zwischen den Baracken hinauszugehen, aber die Mehrheit der Häftlinge konnte schon nicht mehr zurückkehren, sie starben vor meinen Augen. Man gab uns nichts zu essen, für jedes Wort zu viel mußten wir schreckliche Prügel ertragen. In den Baracken, wo man uns unterbrachte, gab es zweistöckige Pritschen. Hier lagen alle zusammen, Kranke und Sterbende. Kranke behandelte hier niemand, nur die Stärksten überlebten.“

Als Folge der unvorstellbaren Überbelegung, der chronischen Unterversorgung, der katastrophalen sanitären Bedingungen und einer Typhusepidemie ist Bergen-Belsen zu einem „Sterbelager“ geworden.

Als britische Truppen Bergen-Belsen am 15. April erreichen, finden sie etwa 10.000 unbestattete Leichen und rund 55.000 größtenteils halb verhungerte, dem Sterben nahe Menschen vor.

Mit letzter Kraft haben Armand Roux und Camille Déletang den Todesmarsch überlebt. Im Sommer 1945 können sie nach Frankreich zurück kehren. Bis zu ihrem Tod in den 1960er Jahren halten sie ihre in Celle geraubten Zeichnungen und Notizen für immer verloren.

Was sie nicht wissen konnten: Noch am Tag des Bombenangriffs hatte eine Cellerin die verloren geglaubte Mappe in ihrem Schrebergarten nahe dem Bahnhof gefunden. Erst 67 Jahre später gelangte diese Mappe an die Öffentlichkeit.

Die durch Camille Déletang mit einfachsten Mitteln und unter Lebensgefahr hergestellten 130 würdevollen Häftlingsportraits zeigen keine Opfer. Sie sind unsterbliche Lebenszeichen aus der Hölle.

Mindestens acht der französischen Mithäftlinge, die Déletang erst wenige Monate zuvor im Lager Holzen portraitiert hatte, starben nach unermesslichen Qualen in Bergen-Belsen. Stellvertretend für die vielen UNBEKANNTEN wird hier an sie erinnert.



Vom Verschweigen zur Erinnerungskultur

Der amerikanische Bombenangriff am 8. April 1945 und die deutschen Massaker an KZ-Häftlingen und den Folgetagen sind für Celle das bedeutsamste Ereignis in den 12 Jahren Nazi-Herrschaft. Erinnerungspolitisch ist es seit den 1980er Jahren aber auch ins Zentrum gerückt, weil es über 30 Jahre beschwiegen und verdrängt wurde. Über diesen Aspekt haben wir mit Reinhard Rohde gesprochen, der sich über viele Jahre damit beschäftigt hat.

?: *In den nächsten Wochen wird es erinnerungspolitisch um das Kriegsende 1945 gehen – in Celle dann auch um den Bombenangriff vom 8. April und die sich anschließende Hetzjagd und das Massaker an KZ-Häftlingen. Ist mehr zu erwarten als rituelles Gedenken?*

!!: Solche Tage sind heute nicht mehr Gegenstand gesellschaftlicher Polarisierungen wie in den 1980er oder 1990er Jahren. Anlass zu Auseinandersetzung bleiben sie weiterhin. Wir sollten uns aber klar darüber sein, dass nur Teile der Gesellschaft davon erreicht werden. Eine Mehrheit wird immer sagen, dass sie andere Probleme hat – was ja aus einer Alltagsbetrachtung heraus auch nicht ganz falsch ist.

?: *Was ist das Besondere am Kriegsende in Celle?*

!!: Innerhalb nur einer Woche gibt es den größten Bombenangriff auf die Stadt. Es schließt sich das Massaker an geflüchteten KZ-Häftlingen an. Vier Tage später sind die Briten in der Stadt und weitere drei Tage später wird das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreit.

?: *Und die Cellerinnen und Celler fühlen sich als Opfer?*

!!: Es gibt bei den Interviews, die Hanna Fueß in den ersten Nachkriegsjahren in den Landkreismunicipalitäten führt, tatsächlich diese Selbstviktimisierung. Die wird festgemacht am Bild plündernder und mordender DP's [Displaced Persons, also ehemalige Zwangsarbeiter*innen und befreite KZ-Häftlinge]. In der Stadt gibt es interessanterweise in der Öffentlichkeit kein Beklagen der Opfer des Bombenangriffs.

?: *Wie das?*

!!: Die Cellesche Zeitung erscheint zwar bis zu ihrer Einstellung – kontrolliert durch die Besatzungsmacht – noch einige Wochen. Aber es findet sich kein Bericht zu Bombenangriff und Massaker. Und auch in den ersten Stellungnahmen des von den Briten eingesetzten Oberbürgermeisters Walther Hörstmann finden sich nur wenige Sätze zum Bombenangriff und nichts zu der Jagd auf KZ-Häftlinge. Das muss aber nicht unbedingt überraschen, weil die Bilder aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen, die nach der Befreiung um die Welt gehen, das Geschehen in der Stadt überlagern. Und hinsichtlich der eigenen Opfer gibt es angesichts dessen wahrscheinlich eine Scham, diese öffentlich herauszustellen.

?: *Es schlossen sich Jahrzehnte des Verschweigens an. Wie konnte es dazu kommen?*

!!: Dafür gibt es unterschiedliche Erklärungen. Mit dem von

den Briten in Celle durchgeführten Prozess in den Jahren 1947/48 gegen 14 Angeklagte waren Teile des Geschehens aufgeklärt. Es gibt aber Umstände, die eine Verankerung im Stadtgedächtnis erschwerten. Zum einen war die CZ zum Zeitpunkt des Prozesses noch verboten bzw. hatte keine Lizenz, so dass die Informationen nur über die Lokalberichterstattung in Hannoverschen Zeitungen zu bekommen waren. Dazu kommt eine Grundströmung der ersten Nachkriegsjahre: Wer in Partei oder Wehrmacht an den Verbrechen des NS beteiligt war oder nicht widersprochen hatte, musste darauf setzen, dass genau dies nicht thematisiert wird. Und jene wenigen Menschen, die Widerstand geleistet hatten, sahen sich dann in den 1950er Jahren ja auch schnell mit einem verfolgenden Antikommunismus konfrontiert. Zitieren wir mal Adorno: „Im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden; sonst gerät man in den Verdacht, man habe Ressentiment.“

?: *Auch der Prozess selbst hat lange keinen Eingang in die lokale Geschichtsschreibung gefunden.*

!!: Das ist einfacher zu erklären. In den lokalen Archiven gab es keine Dokumente, nur ein paar Zeitungsartikel. Und leider hatte der Prozess auch ein anderes Format als z.B. die Belsen-Prozesse in Lüneburg. Die Prozessakten, die vor rund 10 Jahren aus britischen Archiven besorgt werden konnten, beinhalten keine Zeugenaussagen, sondern bestehen im wesentlichen aus Notizen und Zusammenfassungen des britischen Militärgerichts. Es ist nicht einmal ein schriftliches Urteil dabei.

?: *Wie wurde der Prozess in der Stadtgesellschaft wahrgenommen?*

!!: Dazu lässt sich gar nichts sagen. Der Prozess hat ja in der Aula des KAV-Gymnasiums stattgefunden. Aber mir ist nie eine Person begegnet und ich kenne auch keinen Bericht, der eine Anwesenheit von Bürgerinnen und Bürgern belegt. Ansonsten lässt sich mutmaßen, dass die Urteile als Siegerjustiz wahrgenommen wurden. Denn die meisten der Verurteilten waren Polizisten, was bei vielen unter der seinerzeit gern genutzten „Entschuldigung“ des „Befehlsnotstands“ abgehakt wurde. Zum anderen wurden alle Verurteilten, auch die mit lebenslänglichen Haftstrafen, spätestens bis 1952 wieder aus der Haft entlassen.

?: *Bei dem Bombenangriff sind ja aber auch etwa 100 Celler Bürgerinnen und Bürger ums Leben gekommen. Wäre da nicht normal – wie in anderen Städten ja auch geschehen – eine Gedenkkultur zu entwickeln?*

!!: Bernhard Strebel hat 122 zivile Opfer registriert, darunter mindestens 10 Zwangsarbeiter. 1960 und 1970 ist in der CZ schon an die zivilen Opfer des Bombenangriffs erinnert worden. Im Jahr 1970 gab es in der CZ einen Artikel zum 25. Jahrestag mit der Überschrift „Bahnhof und Gasanstalt im Bombenhagel / Am 8. April 1945 blieb auch Celle nicht von einem Fliegerangriff verschont“, in dem aber die KZ-Häftlinge und das Massaker an ihnen mit keinem Wort erwähnt werden. Aber ja – eine Gedenkkultur entwickelt sich nicht. Die Begründung dürfte ziemlich einfach sein: Es wäre bei einem öffentlichen Gedenken schwer möglich ge-

wesen, die eigenen Opfer zu betrauern, ohne das Verbrechen an KZ-Häftlingen zu erwähnen. Und genau das sollte ja nicht erinnert werden.

?: *Interessanterweise ist auch bei den wenigen Leuten, die sich als Antifaschistinnen und Antifaschisten verstanden, keine Erinnerungskultur entstanden.*

!: Ja. Ein Rätsel. Zumal auf dem Gräberfeld auf dem Waldfriedhof auch einige Widerstandskämpfer bestattet wurden, die im Zuchthaus gestorben sind. Es gab allerdings schon in den 1960er und 1970er Jahren gelegentlich Veranstaltungen auf dem Waldfriedhof, die aber nur selten ans Licht der Öffentlichkeit kamen. Trotzdem: Die DKP hat ab 1969 über anderthalb Jahrzehnte eine Lokalzeitschrift herausgegeben, die „Celler Welle“, in der die Jagd auf KZ-Häftlinge im April 1945 nie erwähnt wurde.

?: *Auf dem Waldfriedhof gibt es aber seit den frühen 1950er Jahren ein Mahnmal. Wie kam das zustande?*

!: Die Idee dazu kam von einem Gremium für politische Häftlinge. Für die Errichtung eines Ehrenmals hatten sie Spendenzusagen von Stadt und Landkreis in Höhe von je 10.000 Reichsmark. Es gab auch schon einen Entwurf, aber dann kam die Währungsreform und das Geld war – verkürzt gesagt – weg. Beauftragt war der hannoversche Bildhauer Ludwig Vierthaler. Der hatte auf zwei mal zwei Metern eine flache Pyramide vorgesehen, die auf ihren vier Seiten mit Reliefs bestückt werden sollte. Die Motive waren „Hunger/Elend“, „Trauernde Alte“, „Notgemeinschaft“ und „Krankheit“. Am unteren Rand der Pyramide war ein Schriftband vorgesehen mit dem Text: „DIE KZ-OPFER ERTRUGEN / VIEL LEID UND NOT / UND FANDEN UNVERDIENT / DEN BITTREN TOD.“

?: *Da können wir ja fast froh sein, dass das nicht realisiert wurde.*

!: Ja. Es macht schon deutlich, wie wenig der damals 70-jährige Vierthaler begriffen hatte, der ja durchaus kein Par-



Literatur (Auswahl)

Bertram, Mijndert (1989): April 1945. Der Luftangriff auf Celle und das Schicksal der KZ-Häftlinge aus Drütte. Celle.

Blatman, Daniel (2011): Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmordes. Reinbek 2011.

Neumann, Klaus (2001): Shifting Memories. The Nazi Past in the New Germany. Michigan.

Neumann, Klaus (2005): Eine "Hasenjagd" in Celle; in: celler hefte 1-2 [hg. von der RWLE Möller Stiftung]. "Hasenjagd" in Celle. Das Massaker vom 8. April 1945. Celle. S. 33-63.

Rohde, Reinhard (2006): Verdrängen - vergessen - vergegenwärtigen. Erinnerungspolitik - Was prägt(e) in Celle die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus; in: RWLE Möller Stiftung (Hg.), celler hefte 3-4 (Doppelheft), Juni 2006 - Gedächtnislücken? Erinnerungs- & Gedächtniskultur nach 1945 in Celle. Öffentliche Tagung am 24./25. März 2006. Texte und Protokolle. Celle, S. 33-55.

Strebel, Bernhard (2008): Celle April 1945 revisited. Ein amerikanischer Bombenangriff, deutsche Massaker an KZ-Häftlingen und ein britisches Gerichtsverfahren. Bielefeld.

Wagner, Jens-Christian (Hrsg.) (2013): Wiederentdeckt. Zeugnisse aus dem Konzentrationslager Holzen. Begleitband zur Wanderausstellung. Herausgegeben im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Wallstein Verlag, Göttingen 2013.

Die Fotos auf den Seiten 5-7 sind aus Strebel (2008) und Wagner (2013)

teigänger der Nationalsozialisten war.

?: *Danach kam dann das, was wir heute noch sehen.*

!: Nach Beschwerden der VVN über den Zustand kam es zu einer Umgestaltung des Gräberfeldes, das seinerzeit „KZ-Quartier“ genannt wurde. Es kam zu den drei Holzkreuzen, einer neuen Bepflanzung und anschließend auch zu den einzelnen kleinen Grabsteinen.

?: *Irgendwann wurde noch die Hauptgedenktafel ausgetauscht.*

!: Bis 1985 war auf der Platte vor den Holzkreuzen zu lesen: „Den Opfern des zweiten Weltkrieges“. Angestoßen durch ein sogenanntes Bürgerkomitee wurde dieser Text ersetzt durch den immer noch vagen, aber stimmigeren Hinweis „Den Opfern der NS-Gewaltherrschaft“. Das Komitee wollte eigentlich eine Inschrift mit dem Text „Den Opfern des Transportes aus dem KZ Drütte“. Aber das wäre auch nicht korrekt gewesen.

?: *Wieso das?*

!: Bernhard Strebel hat verschiedene Aktenbestände akribisch ausgewertet und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass zwei Drittel der insgesamt ursprünglich 320 Häftlingsgräber dem Zug aus Drütte und den Ereignissen am 8./9. April zugeordnet werden können. Davon, so seine Einschätzung, waren 80% bis 90% im Verlauf der Hetzjagden und Massaker ermordet worden. Die Toten sind 1946/47 exhumiert und einer Autopsie unterzogen worden. Schuss- oder Kopfverletzungen sind dabei registriert worden. Weiter sind auf diesem Gräberfeld 51 ehemalige KZ-Häftlinge bestattet, die von Ende April bis November 1945 in Celler Krankenhäu-



ern gestorben sind. Es gibt acht Umbettungen von KZ-Häftlingen, die auf Todesmärschen nach Bergen-Belsen ermordet wurden und zunächst einfach am Rande der Transportstrecken vergraben waren, z.B. in Winsen. Und es gibt 15 im Zuchthaus verstorbene Gefangene.

?: Ich habe mich gefragt, warum eigentlich mit den Holzkreuzen ein christliches Symbol als angemessen erachtet wurde?

!: Das ist schon interessant. Als das Geschehen Mitte der 1980er Jahre aufgearbeitet wurde, hatte sich unterschwellig eine Sicht etabliert, die bei den Opfern von Jüdinnen und Juden ausging. So kümmerte sich die Stadtverwaltung, als in den 1990ern eine Besuchergruppe mit Überlebenden des Transports in Celle war, um koschere Bewirtung – was Irritationen auslöste. Denn im Transport waren nur wenige Jüdinnen und Juden. Aber zu den Kreuzen: Ich denke, man hat einfach die Symbolik von Kriegsgräber-Anlagen übernommen, die sich schon nach dem Ersten Weltkrieg etabliert hatte und heute noch vom Volksbund Kriegsgräberfürsorge genutzt wird. Also auch nicht unproblematisch.

?: In der Gedenkkultur spielt das Gräberfeld keine große Rolle. Wie kommt das?

!: Hier und da schon. Als es 1983 in Celle die Auseinandersetzung um ein Treffen des „Stahlhelm – Kampfbund für Europa“ gab, also einer Vereinigung ehemaliger Stahlhelm-Angehöriger, die über das Bündnis der sogenannten Harzberger Front als ausgemachte Republik-Gegnern agierten und der NSDAP mit an die Macht verhalfen, fand u.a. eine Gegenveranstaltung am Gräberfeld auf dem Waldfriedhof statt. Und zwei Jahre später – das große Gedenkjahr 1985 – weihte der Stadtrat dort den mit neuer Inschrift versehenen Gedenkstein vor den Holzkreuzen ein. Aus den Reihen z.B. von DGB und VVN gab es dann in der Folge dort häufiger Gedenkveranstaltungen. Und nachdem auf Antrag der Ratsfraktion Die Linke/BSG vor fünf Jahren dort eine Info-Tafel installiert wurde, war die zentrale städtische Veranstaltung zum 8. April dann auch dort.

?: Dieses Jahr findet die Veranstaltung wieder am Mahnmal in den Triftanlagen statt. Wie findest du das?

!: Ich finde, dass es für jeden der beiden Orte gute Gründe gibt. Das Mahnmal in den Triftanlagen hat seinen Ursprung

in der Geschichte der Aufarbeitung seit 1985 und ist das Erinnerungspolitische Bekenntnis der Stadtgesellschaft zu den Verbrechen vom 8. April 1945. Als mit der kleinen Studie von Mijndert Bertram die Fakten wieder ausgegraben waren, hatten die Grünen dies 1989 im Stadtrat zum Anlass genommen, die Errichtung eines antifaschistischen Mahnmals zu beantragen. Erstaunlicherweise fand sich schnell eine Mehrheit unter Einschluss der CDU und es wurde ein künstlerischer Wettbewerb ausgeschrieben. Aber dazu gibt es in eurem Heft Nr. 84 eine ausführliche Darstellung.

?: Wie würdest du die geschichtswissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung in den letzten 40 Jahren bewerten?

!: Es gab verschiedene günstige Konstellationen. Seit den frühen 1980er Jahren forderten ein gewerkschaftlicher Arbeitskreis „Grabe, wo du stehst“ eine Auseinandersetzung mit der Lokalgeschichte des Nationalsozialismus ein, was 1983 in einer eigenständigen Ausstellung mündete. Das hatte in Celle etwas von einem nachholenden Generationenkonflikt. Das hat in der Stadtgesellschaft auch dazu geführt, dass man das braune Image loswerden wollte, das die Stadt in ganz Deutschland hatte. Dass es nach Bertrams Arbeit und dem Mahnmal in den Triftanlagen keinen Schlussstrich gab, ist auch dem Umstand geschuldet, dass dieses Endkriegsverbrechen und das jahrzehntelange Verschweigen renommierte Historiker auf den Plan gerufen hatte, zum Beispiel Klaus Neumann („Shifting Memories“) oder zuletzt Daniel Blatman („Die Todesmärsche 1944/45“). Und die RWLE-Möller-Stiftung hat eine Rolle gespielt mit der Erinnerungspolitischen Tagung 2006, und schließlich und sehr wichtig, dass die Stadt und die Gedenkstättenstiftung Bernhard Strebel mit einem Forschungsauftrag versehen haben („Celle April 1945 revisited“). Ich denke, dass andere Endkriegsverbrechen nicht so gründlich aufgearbeitet sind.

?: Und gesellschaftlich?

!: Das ist eine schwierige Frage. Wir haben in der Vergangenheit Beispiele gehabt, wie Schulen sich mit Projekten sehr intensiv und öffentlichkeitsorientiert mit dem Verbrechen auseinandergesetzt haben. Was da hängen bleibt für gesellschaftliches Engagement gegen Rassismus und Entsolidarisierung lässt sich schwer sagen. Für mich ist es ja bis heute so, dass ich sage: Die Befassung mit Nationalsozialismus hat bei mir immer dazu beigetragen, den Mund aufzumachen, wenn – allgemein gesprochen – Menschenwürde mit Füßen getreten wird wie zum Beispiel gerade an Europas Außengrenzen und in Griechenland.



Landkreis hält fest am Beschiss

Zum Januar 2019 veränderte der Landkreis Celle die Angemessenheitsobergrenzen für Mietkosten von Hartz IV-Empfänger*innen – nach unten. In der letzten Sozialausschusssitzung wurde bekannt gegeben, dass 358 von insgesamt 5.993 Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Celle so mit ihren Bruttokaltmieten über der aktuellen Mietwerttabelle liegen, also fast sechs Prozent. Ab März 2019 wurden 104 sogenannte Kostensenkungsaufforderungen erlassen. Für die Betroffenen heißt dies: Entweder sie suchen sich eine günstigere Wohnung oder sie zahlen den fehlenden Betrag aus ihrer Regelleistung. Und die Regelleistung stellt bekanntlich das Existenzminimum dar. Warum das alles? Was der Landkreis bei den „Kosten der Unterkunft“ weniger zahlt, kann er woanders ausgeben. Das ist der eigentliche Zweck. Wir wir hörten, sollen hierfür dieses Jahr eine Million EUR weniger ausgegeben werden.

Unklar blieb in der Ausschusssitzung, ob in den genannten Zahlen auch die „Altfälle“ enthalten sind. Wir halten dies für unwahrscheinlich, gibt es doch Konstellationen, in denen Menschen seit Einführung von Hartz IV nicht die vollen Kosten der Unterkunft erstattet bekommen.

Seit mit Einführung der neuen Mietwerttabelle die Obergrenzen zum Teil deutlich gesenkt hat, gibt es Kritik. Erstmals nicht allein seitens Behiye Uca (Die Linke), sondern auch seitens der SPD- und der FDP-Kreistagsfraktion. Im Sozialausschuss im März wurde ein Antrag der SPD verhandelt. Ihr Ziel: Das Mietwertgutachten unabhängig hinsichtlich seiner „Schlüssigkeit“ überprüfen zu lassen. Der Antrag fand keine Mehrheit. Dabei spricht nur wenig dafür, dass die Kreisverwaltung die Betroffenen nicht „bescheißt“, wie es Behiye Uca im Dezember im Kreistag auf den Punkt brachte.

Aus der Beschlussvorlage der Kreisverwaltung wird deutlich, dass die vorhergehenden Mietwertgutachten regelmäßig vor dem Landessozialgericht gescheitert sind. Ihr Recht bekamen allerdings nur die Kläger*innen, alle anderen Betroffenen gingen leer aus. Warum? Es dauerte jeweils Jahre bis zu den Urteilen. Die Kreisverwaltung spielt dieses „Spielchen“ weiter. Wer meint, das aktuelle Mietwertgutachten sei rechtswidrig, müsse halt klagen.

In der Verwaltungsvorlage wird erstmals offen zugegeben, dass es im Landkreis seit Jahren keine angemessene Kostenerstattung gibt.

„Das Wohnungsmarktgutachten der Firma F und B (Gültigkeit insgesamt von 2015 bis 2018 mit entsprechender Indexfortschreibung) wird gegenwärtig in einem Berufungsverfahren und in einer Nichtzulassungsbeschwerde gerichtlich überprüft. Das Gutachten der Firma Analyse und Konzepte (Gültigkeit insgesamt von 2009 – 2014 mit entsprechender Indexfortschreibung)

wurde in zwei Urteilen des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen aus dem Jahr 2018 als unschlüssig verworfen.“

Der Chef der Gutachterfirma Koopmann Analytics KG war vorher bei den Firmen, deren Gutachten vor dem Landessozialgericht gescheitert sind bzw. zu scheitern drohen. Das Prüfungsanliegen der SPD bezieht sich auf folgendes:

Das Bundessozialgericht geht im Urteil vom 18. Juni 2008 (B 14/7b AS 44/06 R;) davon aus, dass die örtlichen Gegebenheiten u.a. durch eine hinreichende Datenbasis von mindestens 10 % des regional in Betracht zu ziehenden Mietwohnbestandes widerspiegelt werden.



Die SPD kommt mit der Begründung ihres Antrags auf den Punkt: „In den Beratungen des Fachausschusses wurde deutlich, dass die Mindestanforderung an eine Datenerhebung (10 Prozent des Mietwohnbestands im Landkreis) als nicht eingehalten betrachtet wurde. Im Endbericht von Koopmann Analytics wird von 33.500 Mietwohnungen ausgegangen. 10 v.H. wäre eine Mindest-Datengrundlage von 3.350 Wohnungen. Im weiteren Verlauf des Gutachtens werden nach „Reduzierung“ der vorliegenden Daten letztendlich nur die Mieten von 2.444 Mietwohnungen (Tabelle 6, Seite 24) ausgewertet. Diese Zahl entspricht lediglich 7,3 Prozent von 33.500 Objekten.“ Bei der Ermittlung der kalten Betriebskosten ist sogar nur eine Fallzahl von 1.942 eingeflossen, also nur 5,8 % des Mietwohnungsbestandes.

Die Kreisverwaltung dagegen meint, dass 10 Prozent nicht 10 Prozent sein müssen. Weil: „Wenn aber die gezogene Stichprobe nach den Vorgaben des BSG um bestimmte Wohnungstypen zu bereinigen ist, muss das natürlich auch für die Grundgesamtheit gelten. Nur so kann Gleiches mit Gleichem verglichen werden.“

Das fand die Mehrheit im Fachausschuss dann auch – unterfüttert mit dem Argument, dass die Gerichte ja entscheiden könnten. Ja, aber das hilft dann denen, die umziehen mussten nichts. Und jene, die sich die als unangemessen geltenden Mietkosten vom Mund absparen, können immerhin hoffen, schlanker zu werden.

Klimanotstand – Faktencheck

„Holla, die Waldfee!“ In Stadtrat und Kreistag tut sich einiges, nachdem beide Gremien Ende vergangenen Jahres Resolutionen verabschiedet haben, die den Klimanotstand anerkennen und die Verpflichtung enthalten, die Vorgaben des Pariser Klimaschutzabkommens anzugehen. - Wie haben uns vorgenommen, regelmäßig einen Faktencheck durchzuführen. Wir wollen darüber informieren, was beantragt oder auf den Weg gebracht wird – und auch bewerten, was es bringt.

Prüfung alter Beschlüsse

Die FDP-Fraktion im Stadtrat beantragte Anfang Januar: „Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Ratsbeschlüsse, die vor dem 28.11.2019 gefasst worden sind und mit deren Umsetzung noch nicht begonnen worden ist, daraufhin zu überprüfen, ob sie auf Grund des Ratsbeschlusses vom 28.11.2019 "Klima in Not" - Klimaschutz in der Stadt Celle, so wie geplant, aufrecht erhalten werden können. Die Ergebnisse sind dem Verwaltungsausschuss vorzulegen.“

Und tatsächlich gab es dafür in der Ratssitzung vom 27. Februar eine Mehrheit bei vier Gegenstimmen der AfD. Kritik kam von Inga Marks, Oliver Müller und Ute Rodenwaldt-Blank, die sich vor allem auf das Baugebiet „Blaues Land“ und den Abriss der MTV-Halle bezog. Das Garßener Neubaugebiet ist nach Auffassung der Verwaltung bereits in der Umsetzung, so dass weitergehende energetische Auflagen nicht mehr möglich wären. Gegen den Abriss der MTV-Halle wurde eingewandt, dass Bestandserhaltung in aller Regel unter Klimagesichtspunkten besser sei als Neubau, was SPD-Fraktionschef Patrick Brammer bestritt. - Die Verwaltung sagte zu, den Antrag bis zum Sommer abzarbeiten.

In der Timeline

Obwohl er schon am 27.08.2019 durch den Verwaltungsausschuss in die Fachausschüsse verwiesen wurde, ist ein Antrag von Die Linke/BSG nach wie vor unbehandelt. Die Fraktion will zum einen von der Verwaltung wissen, mit welchem Erfolg die insgesamt 105 Einzelmaßnahmen des Klimaschutzkonzepts von 2012 umgesetzt worden sind. Und weiter beantragte sie die Fortschreibung eines solchen Konzepts bis 2030. (AN/0252/19)

Ebenfalls noch nicht in den Fachausschüssen sind zwei Anträge von CDFU und SPD, die die energetische Aufmöbelung von Sportstätten im Auge haben. Die CDU fragt die Verwaltung, „inwieweit die Kommunalrichtlinie "Nationale Klimaschutzinitiative" (NKI) auf Sportvereine mit Gemeinnützigkeitsstatus anzuwenden ist und welche zusätzlichen Fördermöglichkeiten sich für Sportvereine erschließen lassen, ohne dass bereits bestehende Fördertöpfe hierdurch neutralisiert oder ausgeschlossen

werden.“ (AN/0081/20) Und die SPD will, dass „die Sportanlagen bzw. die Vereinsheime der Sportvereine aus den Mitteln des Klimaschutzfonds sukzessive klimaneutral zu modernisieren“ sind. (AN/0433/19) Ähnliches Ziel, unterschiedlicher Ansatz. Während die CDU Bundesmittel will, dass sich die Verwaltung nach Bundesmitteln umschaute, schlägt die SPD vor, sich bei energetischen Sanierungen aus dem Klimaschutzfonds der Stadt zu bedienen.

Die FDP will, dass die Verwaltung berichtet, warum es eigentlich nichts geworden ist mit der geothermischen Wärmeversorgung der Allerinsel. (AN/0434/19)

Nachhaltig, regional und saisonal

Interessant ist ein Antrag der SPD, die "ein Konzept zum nachhaltigen, regionalen und saisonalen Mittagessen in den Celler Kindertageseinrichtungen" umgesetzt sehen will. Zur Konzepterarbeitung soll eine Arbeitsgruppe "mit relevanter Fachexpertise" eingesetzt werden. (AN/0419/19) Es gibt fachlich gut ausgearbeitete Begründung, wobei es am Ende eben auch um Klimaschutzverantwortung geht. Lebensmittel müssten nach Möglichkeit saisonal ausgewählt und regional produziert sein: "Nicht nur die Massentierhaltung, sondern alle tierischen Lebensmittel erhöhen die Treibhausgasemissionen klimaschädlich, es geht also nicht nur darum, kein Fleisch aus Massentierhaltung zu konsumieren, sondern tierische Produkte begrenzt und den ernährungsphysiologischen Bedürfnissen junger Kinder angemessen einzusetzen." - Bisher hier es zu ähnlichen Anträgen immer: Wir halten uns an die Richtlinien und alles andere ist einfach zu teuer.

Verkehrswende

Die Bündnisgrünen haben Anfang des Jahres beantragt: „Die autofreie Altstadt wird bis 2025 umgesetzt. Die Verwaltung stellt ihr Konzept im Rat vor.“ (AN/0006/20) - Nicht schlecht, denn in der Tat gibt es viele Spekulationen.

Die alte Autofahrer-Partei CDU entdeckt die Fußgänger und beantragt:

„Um dem Fußverkehr eine höhere Bedeutung beizumessen und ihn als eigenständige Verkehrsart wahrnehmbar zu machen, erarbeitet die Verwaltung stufenweise eine Verkehrsstrategie mit Maßnahmenkatalog. [...] Die Strategie soll u.a. folgende Aspekte aufgreifen: 1. Verbesserung der Fußgängerinfrastruktur durch Aufbau eines lückenlosen Fußgängernetzes. 2. Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger, insbesondere der Schulwegsicherung. 3. Einhaltung der Mindeststandards (Gehwegbreiten, Oberflächen). 4. Sukzessiver barrierefreier Umbau. 5. Energiesparende Ausleuchtung der Fuß-



Sie ist wieder da!

wege. 6. Fußgängerfreundliche Ampelschaltungen. 7. Intensivierung der Überwachung des ruhenden Verkehrs und konsequente Ahndung von Verstößen, insbesondere das Parken und Halten auf Geh- und Radwegen sowie auf anderen für Fußgänger und Radfahrer ausgewiesenen Flächen. Die letztgenannten Maßnahmen sind schnellstmöglich umzusetzen.“ - Alles wunderbar – und wahrscheinlich meint die CDU ja nicht nur Fußgänger, sondern auch Fußgängerinnen.

Klimaschutz im Kreistag

Wir haben oft darüber berichtet, dass Landrat Wiswe und die CDU/FDP/WG-Kreistagsmehrheit in Sachen Klimakrise einer Orientierung am Gemeinwohl wenig abgewinnen können, sondern sich nur verhalten wie ein halbwegs verantwortlicher Immobilienverwalter: Bisher jedenfalls beschränkte sich das Engagement fast ausschließlich auf die energetische Sanierung kreiseigener Gebäude.. das ist nicht falsch, aber zu wenig.

Erstmals erhielt Anfang März im Umweltausschuss der Antrag von Bündnis '90/Die Grünen „auf Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes“ eine Mehrheit, die zustande kam, weil der Abgeordnete Ulrich Kaiser (WG) auf die ökologisch ambitionierte Seite switchte. Am 17. März sollte der Kreistag endgültig entscheiden – die Sitzung ist aber abgesetzt worden.

Im Mittelpunkt steht die „letzte Meile“

Mobilitätszentrale

Am Celler Bahnhof soll Ende 2020 eine Mobilitätszentrale entstehen. So jedenfalls nennt die Stadtverwaltung eine angestrebte Bündelung unterschiedlicher Angebote für die „letzte Meile“. Über den Hintergrund wurde Anfang März im Wirtschaftsförderungsausschuss informiert:

Der Bahnanbieter Metronom GmbH hat über eine Vergabe der Landesnahverkehrsgesellschaft den Betrieb der Fahrkartenausgabe im Celler Bahnhof ab Dezember 2020 für die Dauer von 15 Jahren gewonnen. Obwohl sich die Vertriebswege für Fahrkarten in den letzten Jahren stark hin zu Online-Buchungen bzw. Buchungen über Apps entwickelt hätten, würde der stationäre Fahrkartenverkauf in mittelgroßen und großen Bahnhöfen immer noch als Service erwartet. Diese Entwicklung führe aber dazu, dass das dafür eingesetzte Personal nicht durchgängig ausgelastet ist. Dies biete die Chance, den Fahrkartenverkauf um weitere Services zu ergänzen.

Ziel ist es die ganze Mobilitätskette im öffentliche Verkehr abzubilden: Die reine Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel soll dabei um andere öffentlich nutzbare Angebote ergänzt werden, die den Weg auf der „letzten Meile“ vom und zum Bahnhof begleiten.

In der Konzeption sollen dort die Services verschiedener Partner gebündelt werden. Entstehen soll eine sinnvolle Kombination aus

- öffentlichen Verkehrsmitteln (Bahn, Bus, Taxi)
- Mietangeboten (z.B. CarSharing und BikeSharing)
- weiteren Reisehilfen (z.B. Hilfen für mobilitätseingeschränkte Reisende, touristische Informationen, Fahrradreparatur/-pflege)
- ergänzenden Diensten (z.B. Energieberatung).

Die Bündelung der Angebote am Ort Bahnhof verfolgt im Kern den Ansatz, Reisende zu motivieren, auf die Benutzung des eigenen Autos zu verzichten und die geschaffenen Alternativen zur Überwindung der „letzten Meile“ zu nutzen. Dadurch, so die Verwaltung, könne „der CO₂-Ausstoß im Stadtgebiet maßgeblich reduziert werden“. Maßgeblich? Das ist selbstverständlich Quatsch. Und im Wesentlichen ist es ein Angebot für Tourist*innen und nicht für den alltäglichen Berufsverkehr.

Die Verwaltung spricht sich dafür aus, dieses Projekt in der ersten Phase für gut zwei Jahre zu unterstützen. Danach müsse sich das Projekt selbst tragen. Problematisch scheint, dass auch hier für investive Maßnahmen der Klimaschutzfonds in Anspruch genommen werden soll. Was eigentlich eine touristische Aufwertung ist, soll also nicht durch die CTM (Celle Tourismus und Marketing GmbH) oder das nutznießende Hotel- und Gaststättengewerbe finanziert werden, sondern – weil's so ein tolles neues Label ist – durch den Klimaschutz.



Am Samstag, den 16.05.2020 von 12.00 – 14.30 Uhr, organisiert der Verein RETTUNGSKETTE für Menschenrechte e.V. eine europaweite Menschenkette "von der Nordsee bis zum Mittelmeer." Treffpunkt in Celle ist um 12 Uhr Zöllnerstr./Ecke Markt.

Die PARTEI Celle ist der lokale Rettungskettenanbieter vor Ort und hat hier in Celle die zentrale Organisation übernommen, „weil's sonst keiner macht!“

Die PARTEI teilt dazu mit:

„Wir möchten [...] möglichst viele Mitveranstalter*innen/Organisator*innen und Schirmfrauen/-herren "mit ins Boot" holen.“ Interessenten können sich wenden an:

ehorn@die-partei-celle.de

Und weiter:

„Selbstverständlich ist auch uns klar, dass es eine geschlossene Menschenkette von der Nordsee bis zum Mittelmeer nicht geben wird. Daher sind die einzelnen Menschenketten in den Städten vielmehr von symbolischer Bedeutung / Tragkraft.

Die PARTEI Celle möchte eindeutig darauf hinweisen, dass diese Aktion abseits der eigentlichen "Satirepolitik" stattfindet. Wenngleich Satire immer als gutes Mittel dient, auf Missstände aufmerksam zu machen, ist sie angesichts des Elends, was sich im Mittelmeer abspielt, an diesem Tag nicht Teil unseres Konzepts. Vielmehr solidarisieren wir uns hierbei ausschließlich mit dem Verein RETTUNGSKETTE für Menschenrechte e.V. und möchten mit diesem Statement zum Ausdruck bringen, dass diese Veranstaltung keinen parteipolitischen Bezug hat.“

Bundesweit unterstützt wird die Aktion von den Seenotrettungsorganisationen:

Seawatch, Mission Lifeline, SOS Mediteranee, Unite4d4Rescue, Jugend rettet und Misereor.

Update: Für Eschede übernimmt die Piratenpartei die Organisation: berwing@piraten-suedheide.de

Aufruf

Hand in Hand – Rettungskette zum Mittelmeer

Wir, die Initiator*innen von „Hand in Hand – Rettungskette zum Mittelmeer“ sind Menschen aus Deutschland, Österreich und Italien, die ein Zeichen für Menschlichkeit, Menschenrechte und gegen das Sterben auf den Fluchtrouten, verursacht durch die europäische Abschottungspolitik, setzen wollen. Dazu planen wir eine Rettungskette von Norddeutschland bis zum Mittelmeer. Dieses Zeichen kommt direkt aus der Mitte der Zivilgesellschaft und wird auch die politische Ebene erreichen.

Wir stehen geschlossen zusammen für ein offenes Europa. Wir sind gegen eine europäische Politik, die Milliarden zur Abschottung von geflüchteten Menschen einsetzt. In den Lagern innerhalb und außerhalb Europas, leben Menschen unter unwürdigen und unmenschlichen Bedingungen. Wir fordern ein Europa, das keine Festung baut, sondern alle Menschen als das behandelt, was sie sind: Gleich und frei in Würde und Rechten.

Wir werden unsere Gesellschaft mitgestalten. Wir zeigen, wozu die Zivilgesellschaft länderübergreifend fähig ist und wie durch Mut, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität Großes bewegt werden kann. Zusammen stehen wir für solidarische Städte, sichere Häfen und eine humane Flüchtlingspolitik.

Die Menschenrechtsverletzungen auf dem Mittelmeer betreffen auch uns als Zivilgesellschaft. Indem wir solidarisch handeln, verteidigen wir nicht nur jene, deren Rechte missachtet werden, die kein Gehör bekommen und als Rechtlose in der EU leben müssen. Damit verteidigen wir auch unsere eigenen Rechte und Werte.

Mit dieser Menschenkette senden wir ein starkes Signal und unterstützen eine bessere Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen für eine solidarische Gesellschaft. Wir setzen die nationalen Regierungen unter Druck, die nationalistische Abschottung und rassistische Ausgrenzung betreiben. Denn wo die Verantwortlichen zaudern und mauern, steht die Zivilgesellschaft zusammen und zeigt ihre Stärke und ihren Mut.

Wir fordern:

- ein offenes, buntes und friedliches Europa
- die Schaffung sicherer Fluchtwege
- die Bekämpfung der Fluchtursachen und nicht die Bekämpfung der Geflüchteten
- einen humanen Umgang mit Menschen auf der Flucht
- die Unterstützung und Entkriminalisierung der zivilen Seenotretter*innen
- ein europäisches Seenotrettungsprogramm

Kontakt:

<https://www.facebook.com/Rettkette2019>
www.rettungskette2019.de

Parking Day Premiere in Celle

Am ersten März-Samstag war Premiere. Celle wurde mit der ersten Parking-Day-Aktion bereichert. Wir sprachen am Rande der Aktion vor dem Restaurant „Ricetime“ mit Michael, einem der Organisatoren.

?: *Parking Day – was ist das?*

!: Parking Day ist eine Aktionsform, bei der Parkplätze ...

Passant: Ich will nur meine Anerkennung ausdrücken für die Idee. Ich hatte auch schon mal die Idee, eine ganze Straße so umzunutzen – für eine lange Frühstückstafel oder ähnliches. Machen Sie das dann häufiger?

!: Wir wollen das auch noch mindestens dreimal machen in diesem Jahr.

Passant: Wenn Sie mal in den Italienischen Garten schauen. Alles zugeparkt, da sieht man die Architektur gar nicht mehr.

?: *Wenn Sie die Rhegiusstraße kennen. Ist offiziell eine Spielstraße, aber da spielen nur Autos. Auf 150 Meter Länge bestimmt 30. [Der Passant verabschiedet sich mit zustimmendem Nicken.] Ja, zurück zur Frage ...*

!: Parking Day ist eine alternative Nutzung von Parkplätzen durch bürgernahe Angebote, also z.B. indem man auf diesen Parkplätzen dann sitzt und Kaffee trinkt oder ein Interview führt, Musik macht oder Theater spielt ...

?: *Ihr habt jetzt drei Parkplätze hier. Wie habt ihr das gemacht?*

!: Es gab tatsächlich einigen Diskussionsaufwand mit der Stadtverwaltung, weil unklar war, ob das jetzt eine Demonstration oder Versammlung ist oder eine Sondernutzung. Am Ende lief es darauf hinaus, dass wir eine Sondernutzung beantragt haben. Das hat dann auch dazu geführt, dass der Bauhof 72 Stunden vorher die Halteverbotsschilder aufgestellt hat. Aber wir müssen auch

den Gebührenausschlag der Parkplätze bezahlen.

?: *Sind heute morgen Autos abgeschleppt worden?*

!: Nein. Aber als wir um 9 Uhr kamen, waren alle drei Parkplätze noch belegt. Zwei sind relativ schnell weggefahren und der Dritte stand noch bis zehn Uhr hier.

?: *Ihr steht jetzt hier mit welchen Initiativen?*

!: Die Idee ist in der Gruppe LIST [Land in Sicht – Transition] entstanden und jetzt haben wir es heute im wesentlichen mit dem VCD – das heißt: Verkehrsclub Deutschland – umgesetzt. Deshalb ist unser Angebot heute dann auch, dass wir Fahrräder durchchecken und kleine Reparaturen machen. Bei den nächsten Mal am 9. Mai denken wir an ein kleines Konzert mit Singer/Songwritern oder auch einem Chor. Und Theater haben wir auch noch auf dem Zettel.

?: *Wieder an dieser Stelle oder woanders?*

!: Höchstwahrscheinlich wieder an dieser Stelle, weil wir das ganz gut finden vom Standort her – also die Nähe zum Markt. Und das ist auch tatsächlich eine Fläche, wo wir sagen, da müssen keine Autos stehen.

?: *Was sagen die Passantinnen und Passanten?*

!: Viele finden es gut. Einer hat's, weil die Ankündigung in der CZ war, dann auch gegooglet und sich schlau gemacht über die Aktionsform. Von Markt-Beschickern haben wir aber auch gehört, dass es ja schade sei, dass die Parkplätze dann heute fehlen würden.

?: *Ja. Sieht so aus. Wir werden gerade eingestänkert von einem PKW mit laufendem Motor, dessen Fahrer darauf wartet, dass ein Parkplatz frei wird.*

!: Hier erst wieder um 14 Uhr.





----- 03.02.2020 -----

Stinkbombenalarm

Mit "Stinkbomben" wurde die Agentur für Arbeit für einen Nachmittag „außer Dienst“ gestellt. Unbekannte hatten im Erdgeschoss des Jobcenters Buttersäure verteilt. Diverse Personen klagten nach dem beißenden Geruch über Übelkeit und Kopfschmerzen. Eine Großzahl der Mitarbeiter*innen wurde bereits vor dem Eintreffen der Rettungskräfte nach Hause geschickt wurde. Eine Messung durch die Freiwillige Feuerwehr Celle ergab keine Hinweise auf gesundheitsgefährdende Stoffe.

----- 08.02.2020 -----

Wir haben Platz

Mit einem Aktionstag setzte sich die Initiative „Seebücke“ in über 20 Städten für die Aufnahme 4.000 unbegleiteter Kinder und Jugendlicher ein, die aktuell in Lagern auf den griechischen Inseln leben. Ein Ziel des Akti-

onstages war, die Bundestagsabgeordneten der Großen Koalition davon zu überzeugen, dass den Kinder endlich geholfen wird und Deutschland sagt: „Wir haben Platz!“ In Celle organisierte die Initiative Land in Sicht - Transition (LIST) eine einstündige Mahnwache vor dem Büro der SPD-Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann am Großen Plan, an der sich über 20 Menschen beteiligten.

„Schon viel zu lange sitzen Kinder, Jugendliche, Erwachsene, ganze Familien in überfüllten Lagern auf griechischen Inseln fest. Die Lebensbedingungen in diesen Lagern sind unmenschlich: Es gibt kaum sanitäre Infrastruktur, ungenügende Essensversorgung und Menschen müssen in bitterer Kälte ohne jeglichen Schutz draußen schlafen. Mehr als 40.000 Menschen werden in diesen überfüllten Lagern, zum Teil seit Jahren, festgehalten, darunter über 4.000 unbegleitete Minderjährige. Das alles hat mit Humanität und Menschenrechten nichts mehr zu tun. Die Kinder müssen da raus. Da verbietet sich jedes Warten auf eine europäische Lösung“, so ein Sprecher der Initiative.

Die Teilnehmenden der Mahnwache forderten Kirsten Lühmann (SPD) und Henning Otte (CDU) in einem Brief auf, dafür zu sorgen, dass die Bundesregierung sofort den Weg freimacht zur Evakuierung der unbegleiteten Kinder und Jugendlichen.

----- 08.02.2020 -----

Unsozial !?

Im politischen Streit um die ökologische Ausrichtung von Neubaugebieten traf Oliver Müller (Die Linke/BSG) ein interessanter Vorwurf von Joachim Falkenhagen (FDP). Müller vertrete einen „menschenverachtenden und höchst unsozialen Standpunkt“. Müller hatte in seiner flapsigen Art gesagt, dass den Bauherren „eiskalt schärfere ökologische Auflagen diktiert“ werden könnten und dass wer sich dies nicht leisten könne, woanders bauen solle. Was daran ist „menschenverachtend“? Ist es nicht die so warmherzige Logik von Angebot und Nachfrage?

----- 22.02.2020 -----

Ehrhorns rechtsfreie Räume

Am 19. Februar um 16.53 veröffentlicht der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn auf seiner Facebook-Seite folgende PM-Sätze seinerseits: „*Derartige Kontrollen [in Shisha-Bars] müssten viel öfter durchgeführt werden, wenn man bedenkt, was bereits in diesem einen Fall an kriminellen Machenschaften zutage gefördert wurde. Keinesfalls dürfen sich hier rechtsfreie Räume herausbilden.*“ Fünf Stunden später erschießt ein Mann in Hanau neun Personen in und vor zwei Shishabars und auf der Fahrt zwischen beiden Orten. Weidel und Gauland, die Fraktionschefs von Ehrhorn, sahen übrigens einen „irren Gewalttäter mit Wahnvorstellungen“ am Werk - sie meinten aber nicht den Celler Bundestagsabgeordneten.

----- 22.02.2020 -----

Assange helfen

Mit einem Infostand in der Innenstadt erinnerte gestern eine kleine Gruppe Celler an den Wikileaks-Gründer und Journalisten Julian Assange. „Wir setzen uns dafür ein, dass ein Verfahren beendet wird, das rein politischer Natur ist und in dem die Menschenrechte missachtet werden. Wir fordern die sofortige Freilassung von Julian Assange aus dem Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh und wir möchten sichergestellt wissen, dass Journalismus nicht strafbar wird. Wir verweisen da-



bei auf die wiederholten Aussagen des Sonderberichterstatters der UN für Folter, Herrn Nils Melzer, über die unrechtmäßige Behandlung von Herrn Assange, auf die Hinweise von über 100 Ärzten zum desolaten Gesundheitszustand des Inhaftierten und auf die Petition „Assange-Helfen.de“ von Herrn Günter Wallraff, die bereits von mehr als 120 Prominenten aus Politik und Fernsehen unterzeichnet wurde.“

----- 27.02.2020 -----

OU-Sabotage

Unbekannte haben Maschinen beschädigt, die für Rodungsarbeiten im Zuge des Baus der Ostumgehung eingesetzt waren. Wie die CZ berichtete, soll der jetzt durch gekappte Kabel und Hydraulikleitungen entstandene Schaden sich auf rund 40.000 Euro belaufen.



----- 03.03.2020 -----

Streik bei Delta

Delta Systemtechnik will keine Verhandlungen mit der IG Metall führen. Die organisierten Beschäftigten wollen das aber doch. So wurde zum dritten Mal gestreikt. Die allermeisten der rund 100 Beschäftigten ließen die Produktion stillstehen. Gefordert wird ein Tarifvertrag zur Anbindung von Delta Systemtechnik an den Flächentarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie. Der Betrieb gehört zum finnischen Uponor-Konzern.

----- 07.03.2020 -----

Männertag

Auf dem Foto zu sehen ist der neugewählte AfD-Kreisvorstand. Was fällt auf? 100 % Männerquote. Tja. Zur AfD fühlen sich eben eher Männer hingezogen. Die Psychologin Beate



Küpper glaubt, dass sie vor allem für eine Gruppe attraktiv ist: die „kulturellen Modernisierungsverlierer“. Für sie seien das traditionelle Frauenbild und der Anti-Asyl-Kurs verlockend. Mit Armut oder „Abgehängtsein“ habe das nichts zu tun. Es gehe darum, Privilegien nicht teilen zu wollen, sei es mit Frauen oder mit Migranten: „Es sind Männer, die erleben, Papa kriegt nicht mehr automatisch das größte Schnitzel“, sagt Küpper dem onlineportal Merkur.



----- 08.03.2020 -----

Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentages haben Mitwirkende der feministischen Kampagne „Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie“ symbolisch den Thaerplatz in Gertrud-Schröter-Platz umbenannt. „Es ist bezeichnend für unsere immer noch von Männern dominierte Gesellschaft, dass Gertrud Schröter bisher im Celler Stadtbild kaum gewürdigt wurde. Sie hat als engagierte Celler Bürgerin, Pädagogin und Antifaschistin wertvolle Beiträge zu einer sozialen Stadt- und Weltgemeinschaft geleistet. Dagegen erscheinen einige Männer, nach denen Straßen benannt wurden, schlichtweg irrelevant“, sagt Mila Borkner, eine der Organisatorinnen* der Aktion, „aber wir Frauen* lassen uns nicht mehr ignorieren oder kleinreden!“

----- 17.03.2020 -----

Sicherer Hafen?

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns die Mitteilung, dass die SPD-Kreistagsfraktion unter der Überschrift "Farbe bekennen – Der Landkreis Celle als sicherer Hafen" mit ei-

nem Dringlichkeitsantrag den Kreistag dazu bewegen will, „sich der von Innenminister Boris Pistorius ins Leben gerufenen Initiative an und bietet die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen von der Insel Lesbos an[zuschließen].“ 40 Kindern und Jugendlichen aus den überfüllten Flüchtlingslagern der griechischen Inseln sollen im Landkreis Celle eine Zukunft finden. Beschäftigen wird das Thema vielleicht auch die nächste Ratssitzung. Dann dort beantragte ebenfalls die SPD-Fraktion, „sofortige Maßnahmen dafür zu treffen, eine angemessene Anzahl minderjähriger Flüchtlinge aus der türkisch-griechischen Grenzregion aufzunehmen. Die Verwaltung soll sich hierzu umgehend an die Bundesregierung wenden und die Aufnahmebereitschaft anmelden.“ - Mit dem Ausfall der Kreistagsitzung (wg. Corona) entfiel auch der Dringlichkeitsantrag.

----- 13.03.2020 -----

Wagner nach Thüringen

Zum 1. Oktober 2020 verlässt Stiftung-Geschäftsführer Dr. Jens-Christian Wagner die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Er übernimmt die Leitung der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und eine Professur an der Universität Jena. In einer persönlichen Erklärung bestärkte Wagner seine Überzeugung, dass Gedenkstättenarbeit auch eine politische Aufgabe ist: „Bekanntlich sind die geschichtsrevisionistischen Angriffe auf die Gedenkstättenarbeit im Kernland der „Flügel“-AfD noch stärker als in anderen Bundesländern. Ich bin deshalb überzeugt, dass ich gerade auch im (geschichts)politischen Raum in der derzeitigen Situation in Thüringen noch wirksamer tätig werden kann.“



Ooooooo-ohhh, my Sharona

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und be-
ginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: When you gonna give it to me, give it to me. / It is just a matter of time Sharona / M M M My Sharona / M M M My Sharona ...

Die Dicke: Ist das nicht ein bisschen zynisch?

Der lange Lulatsch: Galgenhumor.

Oma Lilo: Ich kann mich nicht erinnern, schon mal so eine Situation erlebt zu haben. Die autofreien Sonntage Ende 1973 vielleicht. Aber nein, ist nicht vergleichbar.

Der lange Lulatsch: Oder vielleicht doch. Die ganzen Freizeit-Rituale entfallen – Stillstand bei gleichzeitig leicht anschwellender Panik.

Die Dicke: Ich bin nur froh, dass es keine Schuldigen gibt.

Oma Lilo: Ganz zu Beginn gab's eine Stigmatisierung von Asiaten, wenn du dich erinnerst. Das ist aber wohl vom Tisch. Na gut, Grenzen werden geschlossen.

Der Besserwisser: Habt ihr es mitbekommen? Eine kleine Gruppe profitiert: Nach Italien werden keine Geflüchteten mehr abgeschoben, die unter die Dublin-Regelung fallen. Und die Kriegsübung Defender ist – noch weit vor St. Petersburg – abgesagt.

Die Dicke: Immerhin machen unsere Regierungen nicht mehr in Verharmlosung. Nur Teile der Bevölkerung scheinen es nicht zu schnallen.

Oma Lilo: Es ist halt eine außergewöhnliche Situation und Epidemiologie ist nun einmal kein Allgemeinwissen.

Der lange Lulatsch: Was wissen wir? Es handelt sich um eine Pandemie. Der Unterschied zu einer Grippe-Epidemie ist 1.) dass es (noch) keinen Impfstoff gibt; und 2.) dass viele gegen Grippe dadurch, dass sie irgendeine Form schon mal erwischt hat, eine gewissen Immunität entwickelt haben. Dann: Zwar erkranken „nur“ bis zu 20 Prozent der Infizierten schwer, aber wenn sich in Deutschland 50 Millionen infizieren, sind das halt 10 Millionen. Und da – und das ist die Logik des Stillstands – ist es dringend erforderlich, jetzt die exponentielle Ausbreitung zu stoppen.

Klein Jonas: Exponentiell?

Oma Lilo: Steckt eine infizierte Person zwei andere an, dann sind schon drei weitere infiziert. Steckt jede von ihnen wiederum zwei weitere an, dann tragen schon sieben Menschen das Virus in sich. Mit jeder neuen Ansteckung wächst also auch die Geschwindigkeit, mit der sich die Krankheit ausbreitet. Ohne Gegenmaßnahmen würde sich bei Corona die Zahl der Infizierten wohl wöchentlich verdoppeln.

Der lange Lulatsch: Und da gibt es die berechtigte Befürchtung, dass da das Gesundheitssystem kollabiert – wie in Italien zu beobachten.

Oma Lilo: Und wenn also die Möglichkeiten der Übertragung massivst eingeschränkt werden, lässt sich hoffen, dass es einen eher flacheren Verlauf gibt. Das heißt, dass der Gipfel der Zahl der Erkrankten deutlich niedriger ist.



Die Dicke: Wann ist das Ganze eigentlich ausgestanden?

Der lange Lulatsch: Da gehen die Schätzungen von günstigenfalls vier Monaten bis zu zwei Jahren. Eine Abschwächung ist eigentlich wohl erst erreicht, wenn 60 – 70 Prozent die Infektion durchlaufen haben. Dann triffst du als Noch-nicht-Infizierte eben kaum noch auf Virenträger*innen.

Der Besserwisser: Was nicht dazu passt, dass in China das normale Leben schon wieder beginnt, oder?

Die Dicke: Die Konsequenzen werden aber langwieriger und gravierender sein. Eigentlich steckte die Weltwirtschaft ja schon länger in einer ziemlich normalen kapitalistischen Krise. Aber jetzt haut's richtig rein.

Der Besserwisser: Und die Verteidiger des Systems können schön behaupten, dass nicht der Kapitalismus das Problem ist, sondern die Natur, die uns diese Epidemie aufgehalst hat.

Oma Lilo: Immerhin kann es Trump den Job kosten.

Der lange Lulatsch: Was angesichts der drohenden Massenerwerbslosigkeit nur ein kleines Highlight wäre. Es geht um Millionen Jobs.

Die Dicke: Erstmal trifft's die ganzen prekären Honorarkräfte und Freelancer, ...

Der Besserwisser: Die Ich-AG's von Gnaden der SPD und Grünen..

Die Dicke: ... dann die ganzen kleinen Selbständigen, die ebenfalls nur selten in der Länge sein werden, zwei, vier oder mehr Monate mit kräftigen Einnahmeausfällen zu überleben. Da helfen dann auch keine Steuererstattungen oder Kredite.

Oma Lilo: Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gibt's Kurzarbeitergeld. Immerhin.

Der lange Lulatsch: 60 Prozent des Gehalts. Das hat auch Auswirkungen auf den Konsum – und vermittelt auf „die“ Wirtschaft.

Die Dicke: Eine Krankheit trifft das Individuum, eine Seuche zusätzlich die ganze Gesellschaft.

Der Besserwisser: Und was meint ihr zu dem gesellschaftlichen Großexperiment „Social Distancing“? Hält das der und die gewöhnliche Deutsche aus?

Oma Lilo: Wir werden sehen. Das System funktioniert bei uns ja auch auf der Basis von Brot UND Spiele. Aber Krisen, z.B. bei Hochwasser, bringen gesellschaftlich ja anscheinend immer viel Solidarität hervor.

Der lange Lulatsch: Die anschließend sofort wieder den Ellenbogen weicht.

Die Dicke: Ich denke, das lässt sich aktuell überhaupt nicht abschätzen. Auch nicht, ob sich daraus vielleicht was in Sachen Klimakatastrophe lernen lässt – zum Beispiel: Alles was früh gemacht und in Gang gesetzt wird, lässt die Katastrophe weniger dramatisch ausfallen.

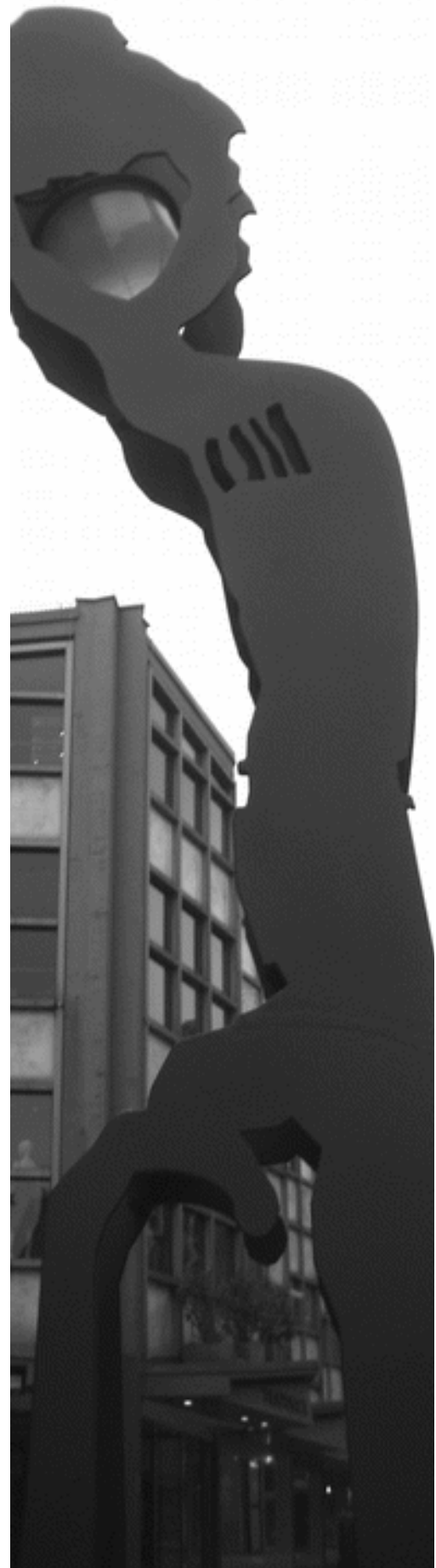
Der Besserwisser: Eins ist wohl gewiss – nicht nur Wirtschaftswachstum und Bruttosozialprodukt schmieren ab, auch der CO₂-Ausstoß wird im Jahr 2020 weltweit erstmals abnehmen.

Oma Lilo: Leider nicht als Produkt der Vernunft.

Die Dicke (ein bisschen versunken): Die Stadt ist so leer, keine Touristen, keine Hektik, kein Konsumrausch ...

Oma Lilo: Und danach?

Der lange Lulatsch: Tanzen sie wieder zu „My Sharona“.



„Windräder sind Vogelschredder“

Um in Deutschland CO₂-Null bis 2050 zu erreichen müssten ca. müssten ca. 2600 TWh regenerativer Strom erzeugt werden. Denn Strom und daraus gewonnener Wasserstoff wird dann zum fast 100%igen Energieträger für alle Sektoren wie Industrie, Verkehr und Wärme. Dazu müssten zusätzliche Stromleitungen, Power-to-Gas-Speicher, Gasturbinenkraftwerke, PV-Anlagen mit ca. 600 GW* und Windenergieanlagen (WEA) mit ca. 550 GW* Nennleistung gebaut werden. (*die effektiven Volllaststunden sind hier schon berücksichtigt). Um eine Energiewende zu erreichen, müsste also auch die Windstromerzeugung zügig ausgebaut werden. Stattdessen stagniert sie bei unter 50 GW und in 2019 wurde fast gar nichts zugebaut.

Politische Sabotage ist nicht der einzige Grund für den stagnierenden Ausbau

Wesentliche Ursache war und ist die Deckelung des Windkraftausbaus auf 52 GW durch den damaligen Pseudo-Umweltminister Altmaier in 2012. Allerdings stehen auch Naturschutz, Abstandsregeln, sowie berechtigte und unberechtigte Widerstände in der Bevölkerung einem schnellen Ausbau der Windkraft stark im Wege. Jedes Bauwerk ist ein Eingriff in die Natur und führt zu deren Beeinträchtigung. Seltsam ist nur, dass dies beim Bau von Mobilfunkmasten, Einkaufs- und Logistikzentren, Neubaugebieten, Autobahnen und Umgehungsstraßen nicht so sehr auffällt wie ausgerechnet bei WEAs.

„Windräder schreddern Vögel“

Die offiziellen Statistiken sagen, bis zu 100000* Vögel sterben jährlich durch Kollision mit den Rotorblät-



tern von Windrädern. Das ist traurig und bewegt viele Naturfreunde sich gegen den Bau von Windrädern einzusetzen. Seltsamerweise fordert aber niemand wegen 6000 Verkehrstoten im Jahr den Straßenverkehr völlig einzustellen. Offensichtlich gibt es auch bei diesem Thema ein Problem der selektiven Wahrnehmung. (* die Zahlen beruhen auf exakter Erfassung an bestimmten Windparks und wurden dann auf die Gesamtzahl der Windenergieanlagen hochgerechnet). In Wirklichkeit wird die Masse der Vögel woanders getötet: Nach Angaben von BUND, NABU und Vogelschutzorganisationen werden in Deutschland pro Jahr ca. 18 Mio. Vögel getötet, indem sie gegen Glasscheiben von Gebäuden fliegen; ca. 10 Mio. kommen im Straßenverkehr durch Pkw und Lkw um; ca. 2,5 Mio. sterben an Stromleitungen und ca. 2 Mio. durch Zugverkehr. Würde man z. B. für große Gebäude vorschreiben, großflächige Verglasungen durch Solarmodule zu ersetzen, oder auf Autobahnen die Geschwindigkeit auf 100 km/h und auf Bundes- und Landstraßen auf 80 km/h zu reduzieren, wäre den Vögeln mehr geholfen als mit der Verhinderung von ein paar Windrädern. Zweiter Hauptgrund für das Vogelsterben ist die konventionelle Landwirtschaft: Durch die Intensivierung der Landwirtschaft, Monokulturen und Gifteinsatz fehlen Rückzugsmöglichkeiten, Brutplätze und pflanzliche Nahrungsvielfalt. Entscheidend ist aber das ebenfalls hauptsächlich durch die konventionelle Landwirtschaft ausgelöste Artensterben bei den Insekten*, die für viele Vogelarten gerade während der Brutzeit eine wichtige Nahrungsquelle sind. (* von 1980 bis 2017 waren es -75%).

„Der Rotmilan stirbt aus“

Der Rotmilan, ein Greifvogel, ist seit über 40 Jahren – also auch schon bevor es WEAs gab – in Deutschland vom Aussterben bedroht. Trotzdem wurde er zur „Mauereidechse“ bzw. zum „Juchtenkäfer“ der Windkraftgegner, die selbst vor der Fernsehkamera die Auskunft geben: „Hoffentlich finden wir hier Rotmilane oder Schwarzmilane, damit wir die Windräder verhindern können.“ Auch aus diesem Grund wird und wurde die Gefährdung des Milans durch WEAs – z. T. auch unter Mitwirkung von BUND und NABU – genau erforscht. Eine 3-jährige Studie in NRW ergab im gemischten WEA- und Brutgebiet des Milans keinen einzigen Todesfall, da die Milane die Rotore einfach unterflogen. Eine Studie aus Sachsen-Anhalt – dem WEA reichsten Bundesland – stellte zwar fest, dass dort bis zu 60 Milane pro Jahr durch WEA umkommen. Doch als wirkliches Problem zeigten sich: Abnahme der vom Milan bejagbaren Acker-, Grünland- und Brachflächen um ca. 40% seit der Wiedervereinigung. Verschwinden von 2/3 der verfügbaren Horstplätze durch Abholzung von Alleen und Waldstreifen. Ein hoher Anteil von durch den zunehmenden

Straßenverkehr getöteten Milane. Dazu kommt die illegale Tötung von Greifvögeln. Von 2005 bis 2015 wurden in Deutschland ca. 1200 Greifvögel mit Fallen und durch Vergiftung getötet. Und das waren nicht die WEA-Planner, wie die Windkraftgegner vermuten. Sondern wie die Behörden bestätigen, sind es Jäger, die kein „Raubzeug“ (so die weidmännische Bezeichnung für Greifvögel) neben sich dulden. Auch auf ihren Vogelzugstrecken ins Winterquartier werden jedes Jahr in Spanien bis zu 1000 Milane von Jägern abgeschossen oder vergiftet. Fazit: Bis in die 1970-er Jahre kamen allein durch Stromschlag an Freileitungen (heute sind sie weitgehend gesichert) Jahr für Jahr mehr Milane um als insgesamt heute. Ihr Fortbestand war trotzdem nicht gefährdet, da ausreichend Nahrungsangebot und Horstplätze zur Verfügung standen und der Verkehr viel geringer war. Wenn also die heutigen WEA am Aussterben von Greifvögeln mitschuldig sein sollten, dann nur als letzter Sargnagel.

„Windräder und sind Fledermauskiller“

Auch hier ist ein Mangel an Brut- und Überwinterungsplätzen in unseren „aufgeräumten“ Landschaften ein Problem. Aber der Hauptgrund ist das Aussterben der Insekten, die ja die ausschließliche Nahrungsquelle der einheimischen Feldermausarten sind. Große Windräder spielen praktisch keine Rolle. Wie seriöse Fledermausschützer bestätigen, beträgt die Flughöhe der Fledermäuse nämlich meist 10m bis 20m und selten mal 40m. Das hat den einfachen Grund, dass auch ihre Beute – die Insekten – relativ bodennah unterwegs sind. Größere Flughöhen wären für die Fledermäuse bei der Nahrungssuche reine Energieverschwendung. Nur eine heimische Fledermausart (von ca. 25), der große Abendsegler, ist eine Zugfledermaus und legt dabei bis zu 1000 km zurück auch mit höheren Flughöhen. Auch ein Beispiel aus Oberbayern belegt, dass Windräder für Fledermäuse nicht das große Problem sind. Dort wurde wegen des Vorkommens von Fledermäusen und Greifvögeln (Bussarden) ein Windrad nur mit der Auflage zugelassen, dass es rund um die Uhr mit Kamera auf Vogel- und Fledermausschlag überwacht wird. Innerhalb von 2 Jahren gab es keine einzige Tötung. (Sogar der schlaue Bussard hielt Abstand zum Windrad). Fazit: Die WEA als Fledermauskiller ist offensichtlich ein aufgebauschtes Problem.

Lieber Treibhausgase und Radioaktivität statt Windenergie?

Fest steht, sowie der Mensch in die Natur eingreift, kommt es zu Änderungen und evtl. auch zu Schädigungen der vorhandenen Flora und Fauna. Völlig neutrale Eingriffe sind fast nie möglich. Doch jeder Naturfreund sollte sich gut überlegen, ob das Vermeiden eines relativ „kleinen“ Schadens durch Windenergieanlagen, das Weiterbestehen des großen Schadens für Mensch und Natur durch fossile Kraftwerke und Atomkraftwerke wirklich wert ist.



In der nächsten Nummer Teil 2: „Windradlärm und Infraschall macht Menschen verrückt“

Rise up against war – rise up for solidarity!

Etwa 100 Aktivist*innen – darunter auch Leute von „Rheinmetall entwaffnen“ - blockierten Anfang Februar das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Eschborn bei Frankfurt und forderten den Stopp der Rüstungsexporte.

„Die deutsche Bundesverwaltungsbehörde BAFA ist eine von zwei Instanzen, die den Export von Rüstungsgütern und Waffen von Rheinmetall, Thyssen Krupp, SIG Sauer etc. bewilligen oder ablehnen kann. Letzteres passiert in der Regel nicht“, erklären die Aktivist*innen und kritisieren, dass deutsche Waffen in vielen Krisen- und Kriegsgebieten zum Einsatz kommen und vor allem die großen Rüstungsbetriebe davon profitieren.

Die Aktivist*innen fordern das BAFA auf, umgehend alle Genehmigungen für Rüstungsgüter auszusetzen. „Die Behörde und ihre Mitarbeiter*innen müssen ihre Mittäterschaft bei völkerrechtswidrigen Kriegen, wie es zurzeit in Nordsyrien oder im Jemen passiert, beenden“, heißt es weiter in dem Flugblatt, dass unter der Überschrift „Rise up against war – rise up for solidarity“ veröffentlicht wurde.

Die Friedensaktivist*innen forderten das BAFA auf, „umgehend alle Genehmigungen für Rüstungsgüter auszusetzen“. Mit der Aktion wollten sie an die Mitarbeiter*innen der Behörde appellieren - „damit auch sie sich für den Frieden, besonders in Krisenregionen, einsetzen und dem Morden ein Ende bereiten“, erklärte eine Sprecherin der Initiative "Krieg beginnt hier".

Laut Jan Schalauske, friedenspolitischer Sprecher hessischen Landtagsfraktion der Partei Die Linke gehöre die deutsche Exportkontrollpraxis zu Recht an den Pranger: „Wenn im Bafa 99,2 Prozent aller Anträge durchgewinkt werden, sind die Genehmigungsverfahren letztlich reine Makulatur.“

23.-30.08.2020

Rheinmetall Entwaffnen Camp
in Unterlüß bei Celle





Wir trauern um Klaus Jordan

Wir, das „Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus“, trauern um Klaus Jordan. Unser Weggefährte und Mitstreiter verstarb am 21. Februar 2020 nach kurzer, heftiger Krankheit, plötzlich und vollkommen unerwartet. Wir haben mit Klaus Jordan einen tragenden Verbündeten verloren.

Seit seiner Jugend in den 60er Jahren hatte Klaus sich konsequent gegen die immer noch vorherrschende Geschichtsvergessenheit und revanchistisch eingestellte Mehrheitsgesellschaft gestellt und die Auseinandersetzung mit ihr gesucht. Seitdem trat er vehement und kompromisslos dem Rechtsextremismus entgegen. Klaus Jordan war ein durch und durch politischer Mensch und Intellektueller. Nach dem Abschluss seines Studiums der Germanistik und Politologie an der Freien Universität Bremen, die er 1971 mit gegründet hat, verabschiedete er sich 1981 endgültig aus dem akademischen Leben, um die Idee eines alternativen und selbstverwalteten Projekts und der damit verbundenen Lebensform praktisch umzusetzen. Auf dem Gutshof in Oberohe bei Faßberg wurde diese Idee in Form eines alternativen Gästebetriebes über viele Jahrzehnte entwickelt und gelebt. Hier lebte er mit vielen Menschen und seiner Familie, mit Monika und Lasse Jordan zusammen.

2009 initiierten Klaus Jordan und seine Lebensgefährtin, die Künstlerin Anna Jander, die Mahnwache Gerhus vor dem Landhotel in Gerdehaus bei Faßberg, welches von Nazis besetzt und zu einem rechtsextremen Schulungszentrum umgebaut werden sollte. Nach den erfolgreichen Protesten begründeten die beiden das bürgerschaftliche „Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus“ mit und unterstützten es bis heute. Klaus Jordan war Autor und hat auch für unser Netzwerk viele Reden und Presstexte verfasst und uns nach außen vertreten. Seine Reden bleiben unvergessen, immer emphatisch, immer punktgenau und provokant. Klaus Jordan hat mit voller Überzeugung als Antifaschist gelebt.

Klaus, wir danken Dir und wir trauern um Dich. Im Enga-

gement gegen Rechtsextremismus bist Du uns ein großes Vorbild. Wir haben mit Dir einen lieben Freund und unterschiedenen Mitstreiter verloren, den wir schon jetzt vermisse. Du wirst uns immer in Erinnerung bleiben. In Gedanken sind wir auch bei Anna und Klaus' Sohn Lasse, Katharina und ihren Kindern, sowie Monika Jordan.

Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus / Sprecher*innenrat

Gästeführer*innen wurden zum Thema Hermann Löns „geschult“

Ende Februar war in der CZ zu lesen, dass die Gästeführer*innen eine Fortbildung bei Klaus Engling, Betreiber eines kleinen Privatmuseums, namens Löns' Brevier, durchführten. In dem ganzseitigen Artikel über Engling, Löns und die Fortbildung war als einzige „kritische“ Äußerung zu Löns zu lesen, dass er vielerorts als „Säufer und Hurenbock“ gesehen werde. Aber auch das wurde weggeschmunzelt mit den Worten „Goethe hatte nachweislich 52 Vaterschaftsklagen, Löns nicht eine einzige“. Na, das überzeugt.

Aber mal davon abgesehen gäbe es deutlich mehr Kritisches zu Löns zu sagen, wenn schon nicht von dem Löns-Fan Engling, was ja auch nicht zu erwarten ist, dann doch wenigsten von der Celleschen Zeitung.

Löns wird gerne als früher Naturschützer verklärt, doch Naturschutz sieht bei ihm so aus: „Wir wollen verhindern, dass der große Volksgesundungsbrunnen verschüttet, das heilige Seelenbad verunreinigt werde. Weil wir wissen, dass Naturschutz gleichbedeutend ist mit Rassenschutz.“

Löns Buch „Der Wehrwolf“ wird in dem CZ-Artikel zwar kurz erwähnt, aber nur fast bewundernd, da er „seinen bekanntesten Roman „Der Werwolf“ in nur zwei Wochen verfasste“, hier in Celle.

Seine Romane strotzen von verklärender „Blut-und-Boden-Romantik, seine Wortwahl ist oft menschenverachtend. Zitat: „Das Takelzeug ist noch zäher als wie Hirschläuse, meinte der Wulfsbauer, als sie die nackte Gesellschaft abgeschüttelt hatten ... Was für Völker jetzt im Lande herumstromen! Eine Schande ist es, daß da nichts getan wird!“ Dann wird was getan, es schallt der Schlachtruf der wehrhaften Bauern „Slah doot“, schlägt sie tot, der gegen alle Eindringlinge in ihr Land gerichtet ist. Auch deshalb wurde der "Wehrwolf" den jungen Flakhelfern im Nazi-Deutschland zur Lektüre verordnet.

Kritische Worte bei der Fortbildung seitens der Teilnehmenden werden in der CZ nicht erwähnt, dafür aber deren Applaus, als Englings eine Vertonung eines Lönsgedichts vortrug.



Es würde der Celleschen Zeitung gut anstehen, wenn sie sich kritisch mit Löns auseinandersetzen würde und damit ihrer eigenen Geschichte. Von Januar bis zum 12. April 1945 wurde der „Wehrwolf“ in der Celleschen Zeitung als Fortsetzungsroman abgedruckt. Makaberer Weise wurde in der CZ vom Wochenende 7./8. April 1945 aus dem „Wehrwolf“ eine Passage über eine Hetzjagd abgedruckt: „Der Oberobmann und Thedel drückten sich vorne in den Busch. An vier, fünf Stellen wurde geblasen, dann fiel ein Schuß. Die Weibsbilder schrieten, und dann knallte es überall, und Wulf und Thedel sprangen von einem Machangel zum anderen, schossen, luden wieder, sprangen weiter und warteten, bis einer von der Bande herankam, zielten dann lange, und wenn es knallte, schlug er ein Rad. Wie die Hasen im Kessel wurden sie zusammengeschoßen, ganz gleich, ob sie Hosen oder Röcke anhatten.“ Es wirkt wie eine Vorwegnahme des Massakers am 08.04.1945 in Celle, euphemistisch gerne als „Hasenjagd“ bezeichnet.

Zu Löns siehe auch: revista 75, Rede von Klaus Jordan am Lönsstein in Müden: „Über den Stein ein großes, rosarotes Kondom“

Höcke wieder mal in Niedersachsen

Björn Höcke, das ist der AfDler, der es geschafft hat bei der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen Teile der Parteien der sogenannten Mitte zu einer Haltung zu bewegen, die die einen das Fürchten lehrt und für andere absehbar war. Höcke ist der, der lt. einem Thüringer Verwaltungsgericht als Faschist bezeichnet werden darf, sofern diese Titulierung nicht als Tatsachenbehauptung, sondern als Werturteil gemeint ist. Auch wenn das ziemlich dürftig ist, so hat die Thüringer Entscheidung dazu geführt, dass Björn Höcke nun tausendfach als Faschist bezeichnet wurde. Höcke ist der, der von einem „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ schwadroniert. Genau auf diesen rechtsextremen Unsinn stützten sich auch der Christchurch- und der Halle-Attentäter.

Dieser Faschist ist unterwegs und knüpft Kontakte zu Industriellen. Im Landkreis Celle besuchte er Jürgen Lindhorst in Winsen. Die Lindhorstgruppe ist, lt. Eigenangaben, zu 100% in Familienbesitz, besteht aus rund 100 Gesellschaften, beschäftigt bundesweit über 2.000 Mitarbeiter, hat in den vergangenen zehn Jahren mehr als 400 Mio. Euro in Wohn-, Gewerbe- und Pflegeheimimmobilien investiert, führt ca. 1.050 Wohn- und Gewerbeeinheiten in ihrem Immobilienbestand und verfügt über rund 22.000 ha Agrarland. Jürgen Lindhorst sen. leitet die Einheiten Landwirtschaft und Bioenergie. 2015 wechselte er vom Vorstandsvorsitzenden zum Aufsichtsratsvorsitzenden JLW Holding AG einem Unternehmen der Lindhorstgruppe, ebenfalls lt. Eigenangaben, einer der größten Agrarproduzenten in Deutschland mit Schwerpunkten in der Produktion von Pflanzen und regenerativen Energien.

Ende Mai 2018 hatte Lindhorst Björn Höcke zu einem privaten Diskussionsabend eingeladen (sh. auch revista 91), weil ihn dessen Vita und seine Einstellungen zu Familie und „traditionell deutschen Werten“ beeindruckt hätten. Diese Menschen würden ihn neugierig machen. Lindhorst,

der nach eigenen Angaben vor 20 Jahren aus der CDU ausgetreten sei, behauptet, dass er viele Aussagen Höckes für völlig unangebracht halte. Dennoch hatte er im Jahr 2018 zunächst geplant, mit der AfD Thüringen eine Gesellschaft zu gründen, die Alternative Service GmbH für eigene Druckerzeugnisse der AfD. Nachdem ihm seine Kinder allerdings von einer Zusammenarbeit mit Politikern aller Parteien abgeraten hatten, stieg Lindhorst aus – noch bevor die Gesellschaft gegründet wurde (Gesellschaftsvertrag vom 27.08.2018 mit Nachtrag vom 21.03.2019, lt. northdata.de). Die Alternative Services GmbH dient der Verbreitung von eigenen Druckerzeugnissen der AfD. Der einzige Geschäftsführer ist Robert Teske, Chef der vom Verfassungsschutz beobachteten Jugendorganisation der AfD Bremen. Die zeitliche Nähe des Höckebesuchs zur geplanten Beteiligung an der AfD-Firma kann Zufall sein, muss es aber nicht.

Anfang Februar dieses Jahres war Höcke im Nachbarlandkreis in der Wedemark, Region Hannover, unterwegs. Er war dort lt. HAZ etwa drei Stunden im Industriegebiet von Bissendorf in der Firma von Fritz Küke, AfD-Gemeinderatsmitglied in Isernhagen. Höcke soll dort offenbar einen Vortrag vor AfD-Mitgliedern gehalten haben. Laut der SPD Isernhagen tritt die AfD Isernhagen immer wieder mit „fremdenfeindlichen und diskriminierenden Anfragen in Erscheinung“. Die HAZ sieht diesen Besuch Höckes bei Fritz Küke als den Versuch des extrem rechten „Flügels“ der AfD in Niedersachsen um Mitstreiter zu werben.

Dabei zeigt sich die AfD doch gerne als Vertreterin der „kleinen Leute“ und will sich gegen das „globale Finanzkapital“ stemmen, das lt. Höcke „die Völker zerstört“. Das „Böse“ kommt von „Außen“, es sind die Geflüchteten, die „Eliten“ in Berlin und das angelsächsische Großkapital.

Aber nach „Innen“ sollen die Privilegien der Reichen nicht angegriffen werden. Im Gegenteil. Die AfD fordert in ihrem Grundsatzprogramm eine im Grundgesetz festgeschriebene „verbindliche Steuer- und Abgabebremse“ um die Privilegien der Reichen grundgesetzlich verankern zu lassen. Dafür sucht und findet er Unterstützung.

Am 15. April, dem Tag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen vor 75 Jahren, will Höcke in Hannover auf einer Veranstaltung auftreten.





Blood & Honor

Anfang Februar dieses Jahres prangte ein großes Transparent an einem Baugerüst in der Trift. Auf diesem warb die Firma Niewerth aus Westercelle um Auszubildende. So weit nichts ungewöhnliches. Aber das, was auf dem Transparent zu lesen war, schockierte: „Scaffolder blood & honor“. Scaffolder ist englisch und heißt Gerüstbauer. Blood & Honor heißt Blut und Ehre, wobei honor auch mit „u“ honour geschrieben werden kann. In nahezu identischer Schrift geschrieben ist „blood & honour“ der Name eines extrem rechten Netzwerkes, das weltweit aktiv ist und in Deutschland seit 2000 verboten ist. Es organisiert Rechtsrockkonzerte, sorgt für Kontakte in der Nazi-Musikszene und verbreitet neonazistische Ideologie.

Die Worte Blut und Ehre waren auf den Fahrtenmessern der Hitlerjugend eingraviert. In Deutschland ist die Verwendung der Worte verboten, da es sich um Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation handelt. Seltsamerweise lt. einem BGH Urteil von 2010 die Verwendung in anderen Sprachen erlaubt. Daher wurde vorerst Abstand davon genommen, die Fa. Niewerth wegen Werbung für „blood & honour“ anzuzeigen.

Aber abgesehen von einer juristischen Klärung bleibt die Frage, was die Firma Niewerth dazu bewegt hat, auf diese Weise junge Leute anzusprechen. Wollten sie womöglich gerade die Klientel ansprechen, welches durchaus etwas mit „blood & honour“ verbindet, nämlich aggressives faschistisches Lebensgefühl?

Oder findet sie es „cool“ auf scheinbar jugendtümliche Weise aufzutreten, um so an Auszubildende zu kommen?

Dafür spräche, dass im Hintergrund dieses „Scaffolder - blood & honor“ Logos der Namen Fabrice van Bürger zu lesen ist. Dieser scheint Musiker zu sein, Stilrichtung Techno und/oder Metal. Auf einem Musikvideo sind zwei Leute mit schwarzen T-Shirts von hinten zu sehen, auf denen genau dieses Logo prangt. Also ein Anbiedern an die Jugend? Dagegen spricht, dass dieser Fabrice van Bürger kaum in den Tiefen des Internets zu finden war und dass er in den „sozialen“ Medien kaum sog. Follower hat. Also scheint er nicht sehr bekannt zu sein und wird nicht allzu viele Fans in Celle haben, die auf Grund dieses „coolen“ Transparents

bei der Firma Niewerth scaffolder, also Gerüstbauer, werden wollen.

Also, warum dieses Transparent? Dummheit, politische Instinktlosigkeit, Gleichgültigkeit, oder doch Absicht?

Das Transparent hängt übrigens nicht mehr. „Zwischen Sonntag, 22:00 Uhr und Montag, 02:00 Uhr, besprühten unbekannte Täter in der Trift in Celle ein Werbeplakat mit roter Farbe“, war am 03.02.2020 auf dem Presseportal der Celler Polizei zu lesen. Wir vermuteten, dass es sich um das Werbeplakat von Niewerth handelte, und als wir uns das anschauen wollten, war das Transparent schon weg. Gut so.

Eingesandt von Anna & Arthur

NPD Demoanmeldungen in Eschede

Die NPD hat in Zeiten, in denen die AfD rechte Themen erfolgreich bedient, an Bedeutung verloren, vor allem auf Bundes- und Länderebene. Aber die Nazis sind ja nicht weg. Sie sind da und weiter aktiv. Der NPD'ler gehört halt ins Dorf, man hat sich daran gewöhnt. So auch in Eschede. Jahrelang konnte die NPD relativ unbehelligt alles auf dem ehemaligen Nahtz-Hof machen, was sie wollte. Protest und Widerstand kam meist von „Außen“ und wurde skeptisch beäugt.

Aber letztes Jahr wurde alles anders: zuerst der Verkauf des Hofes an den NPD Landesverband und dann noch der Versuch der Nazis, am 21.12. eine Demonstration im Ort durchzuführen. - Dieser Versuch ist gescheitert. Es waren einfach zu viele Gegendemonstrant*innen vor Ort, die sich den Nazis in den Weg stellten.

Diese Schmach will die NPD nicht auf sich sitzen lassen. Für dieses Jahr hat sie nun gleich neun Demonstrationen in Eschede angekündigt, jeweils drei an den Wochenenden ihrer sog. Brauchtumsfeiern: also am 13., 20. und 27. Juni um die Sommersonnenwende, am 18.9., 25.9. und 03.10. um das Erntefest und am 12., 19. und 26. Dezember um die Wintersonnenwende.

Und wieder heißt es, dass es nicht sein könne, dass die NPD unbehelligt durch den Ort geht. Die Situation, dass sich die NPD vorher jahrelang mit anderen extrem Rechten auf dem Hof in Eschede ungestört treffen und vernetzen konnten, führte dazu, dass sie sich stärken konnten und Eschede als „ihr Refugium“ betrachten. Für Prävention ist es nun zu spät. Die jahrelangen Forderungen von „Außen“, sich dem Problem zu stellen, gingen leider ins Leere.

Ein an die Gemeinde Eschede gerichteter Appell bei der großen Bündnisdemo am 21.12.2019 gegen die Nazitreffen in Eschede lautete, dass der Protest vor Ort nachhaltig und deutlich wahrnehmbar sein müsse.

Wilfried Nieberg (Bürgermeisterversorger aus Eschede) wird in der CZ vom 7.3.2020 so zitiert, dass nun die Kommunale Arbeitsgruppe aus Politik, Verwaltung und Kirche wieder zusammenkommen müsse und ihre beiden externen Berater, die sie letztes Jahr beauftragt hatten, auch wieder mit ins Boot holen wolle.

Das klingt so, als wenn diese Arbeitsgruppe nach der Saalveranstaltung „Starke Stimmen für Eschede“ am 21.12.2020 in Sachen Widerstand gegen die NPD nicht weiter aktiv war – schade.

Zwangsarbeit – KZ-Außenlager Tannenberg

Der Weg der Erinnerung - "Erinnern heißt handeln!
Dass Auschwitz nie wieder sei!" (Esther Bejarano)

Im September 2019 fand zum zweiten Mal ein vom Bündnis "Rheinmetall entwaffnen – Rhein-Main" organisiertes antimilitaristisches Camp in Unterlüß zum Gedenken und zur Thematisierung des Zusammenhangs von Zwangsarbeit und Faschismus in der Geschichte der Rüstungsproduktion statt.

Während dieses Camps wurde von den Antifaschist*innen der "Weg der Erinnerung" gestaltet, um an das Schicksal der etwa 900 osteuropäischen Jüdinnen, die in der Zeit von August 1944 bis April 1945 zur Zwangsarbeit bei Rheinmetall im KZ Außenlager Tannenberg inhaftiert waren, zu erinnern. Damit sollte die Geschichte dieser KZ-Außenstelle ebenso wie die der tausenden anderen Zwangsarbeiterinnen für Rheinmetall im Faschismus sichtbar gemacht werden.

In der Gemarkung Altensothrieth/Tannenberg wurde zu Beginn der Aktion als erstes ein Gedenkstein mit dieser Inschrift gesetzt:

Hier befand sich von 1944 bis 1945 das Außenlager Tannenberg des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, in dem 900 osteuropäische Jüdinnen inhaftiert waren. Sie mussten Zwangsarbeit für Rheinmetall leisten. Kurz vor der Befreiung wurden sie nach Bergen-Belsen deportiert, viele wurden dort ermordet. In Gedenken an die unzähligen, für die Kriegsindustrie der Nationalsozialisten er-

mordeten Menschen. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.

Weiter wurde von den Teilnehmer*innen der Weg vom Lager zum Rheinmetall-Werkstor, den die Frauen täglich zur Zwangsarbeit gehen mussten, entlang einer weißen Linie mit Baumbinden mit den Namens(teilen) von 53 (namentlich bekannten) Zwangsarbeiterinnen markiert. Große, gedruckte Banner mit Fotos und Hintergrund-Informationen wurden am Werkszaun befestigt. Ein installiertes Straßenschild mit der Aufschrift "Mahnmal KZ Außenlager" wies nun erstmalig auf den vergessenen Ort hin.

Der "Weg der Erinnerung" war allerdings nur wenige Tage sichtbar; dann waren der Gedenkstein zerstört, die Banner und die Baumbinden zerrissen. Auch 75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus ist der Umgang mit der Erinnerung für viele immer noch schwierig und manchmal wird das Gedenken verhindert, zerstört, gehasst.

Der "Weg der Erinnerung" und seine Zerstörung sind nun Teil der Ausstellung "Zwangsarbeit bei Rheinmetall", die anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz im Januar 2020 in dieser Form erstmalig in Frankfurt a.M. vom "Bündnis Rheinmetall entwaffnen – Rhein-Main" gezeigt wurde.

Die Ausstellung umfasst 20 thematisch gegliederte Tafeln und beschäftigt sich sowohl mit der Zwangsarbeit,



dem Rüstungskonzern Rheinmetall, als auch mit dem Versuch, der Erinnerung an die Zwangsarbeiterinnen im KZ-Außenlager Tannenberg einen Ort zu geben. Die Ausstellungstafeln geben mit informativen Texten und aussagekräftigen Bildern Auskunft über die Geschichte Zwangsarbeit bei Rheinmetall, insbesondere über das Außenlager Tannenberg des KZ Bergen-Belsen.

Die Ausstellung kann ausgeliehen werden.

In Unterlüß gibt es bis heute noch keine Erinnerungsorte. Die Firma Rheinmetall meinte, ihre Geschichte im Faschismus sei aufgearbeitet und die Gemeinde Unterlüß verdrängte bislang die eigene Geschichte. Es engagiert sich allerdings seit einiger Zeit eine überparteiliche Gruppe "AG Tannenberg" in der Gemeinde Südheide an einer umfassenden Aufarbeitung der Geschichte der Lager vor Ort.

Das Vorhaben wird nunmehr von der Gemeindeverwaltung, der Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten, der AG Bergen-Belsen e.V. sowie der Rheinmetall AG unterstützt.

Aktuell wurde im Januar 2020 von der AG Tannenberg im Rahmen einer Veranstaltung anlässlich des Holocaust-Gedenktages über das Vorhaben, eine Gedenkstätte zur respektvollen Erinnerung an die Geschichte der Unterlüßer Lager und der Zwangsarbeiterinnen zu errichten, informiert. Der SPD-Ortsverein Südheide hatte in Kooperation mit der überparteilichen Vereinigung "Gegen Vergessen – Für Demokratie" in das Ludwig-Harms-Haus in Hermannsburg eingeladen.

Am Ende der Veranstaltung wurden Spenden für eine Gedenktafel gesammelt. Es bleibt zu hoffen, dass diese Gedenktafel nach Errichtung erhalten bleibt und nicht wieder zerstört werden wird.

Das Bündnis "Rheinmetall entwarnen – Rhein-Main" unterstützt die bestehende regionale Bürgerinitiative.

Es brauchte allerdings die Initiative von außen, damit überhaupt was geschieht.

Wegen der anhaltenden Aktualität und mit Bezug auf 75 Jahre Befreiung KZ Bergen-Belsen ruft u.a. die KUR-VE Wustrow, Wendland, zu einer gewaltfreien Aktion am Ostersonntag, 11. April 2020 in Unterlüß, auf. Die Versammlung beginnt am Rheinmetall-Standort und es findet anschließend am KZ-Außenlager Tannenberg eine eindrucksvolle gewaltfreie Osteraktion statt, mit der eine Brücke zwischen diesen beiden Orten (vier Kilometer voneinander entfernt) entstehen soll.

Zur Ausstellung gibt es ein 44-seitiges Begleitheft im Format Din A4.

Rheinmetall entwarnen – Zwangsarbeit bei Rheinmetall - z.B. KZ Tannenberg, Unterlüß. Versuch einer Annäherung und Erinnerungsorte. Heft zur Ausstellung – Schutzgebühr 4 €

Zum Download unter

www.weg-der-erinnerung.solikom.de



Installation von Peter Barth

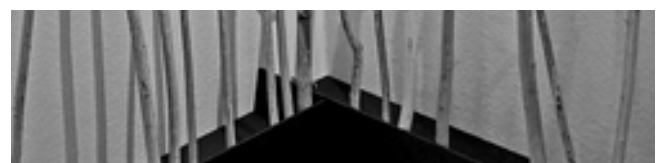
Ungesüht – Verschwiegen – ein Heimatbild

Die Synagoge bietet 75 Jahre nach dem „Celle Massaker“ derzeit dem Künstler Peter Barth (peterbarth-art.de) Platz für seine Installation: „Ungesüht – Verschwiegen – ein Heimatbild“

Als Sechsjähriger hatte Barth im April 1945 „Leichen mit gestreiften Schlafanzügen“ in Celle liegen sehen, die zu den mindestens 170 Menschen gehörten, die damals in aller Öffentlichkeit ermordet worden sind.

Peter Barth hat nun 170 fiktive Häftlingsportraits gezeichnet. Vor die Bildergalerie hat er lange, dünne Baumstämme gelehnt. In den engen, verwinkelten Räumlichkeiten der Synagoge ist der Betrachter gezwungen, der Installation viel zu nahe treten zu müssen. Hartes Spotlicht zerschlägt die gesamte Installation zusätzlich. Die Gesichter sind leider viel zu markant ausgearbeitet, um den Eindruck einer Fiktion zu erzeugen. Man wünschte sich diese Installation an einer Wand der leeren Exerzierhalle ohne künstliche Beleuchtung. Das könnte vielleicht Assoziationen auslösen, die Erinnerungen an die Massaker von Celle zu den heutigen öffentlichen Massakern in aller Welt überleiten würden.

Noch bis bis Sonntag, 03.05.2020,, zu den üblichen Öffnungszeiten der Synagoge,, Im Kreise 24





Celle im April 1945

Mitten auf dem mit Bombenkratern übersäten Gelände um den Güterbahnhof stehen noch die Reste des schwer getroffenen KZ-Häftlingszuges. Wenige Tage später erreichen britische Panzer den Bahnhofsbereich. Aus einem "concentration camp" (Pferdestall der 77er-Kaserne) befreiten die britischen Soldaten französische, polnische und russische Gefangene, die das Massaker im Zuge der Hetzjagd auf KZ-Häftlinge überlebt hatten. Das Sterben im Konzentrationslager Bergen-Belsen war zu diesem Zeitpunkt noch unentdeckt.



Schluss mit der Ökomoral!

Um gleich einem Missverständnis des Titels vorzubeugen. Moral ist, wenn man sonntags reuevoll in die Kirche geht und dann die Woche weitermacht wie bisher. Der Titel ist also keine Aufforderung mit gutem Gewissen weiterzuwursteln wie bisher.

Foto: Angela von Brill



Michael Kopatz ist Soziologe, Umweltwissenschaftler und Projektleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Seit über 30 Jahren weist er als Wissenschaftler auf die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit und Naturschutz hin. Er fährt selbst mit Bahn und Fahrrad statt mit dem Auto, lebt in einem energiesparenden

Haus und ernährt sich weitgehend von Biolebensmitteln. Trotzdem muss er feststellen, mit der Erde und den für den Menschen wichtigen Lebensbedingungen und Ressourcen geht es bergab. Und Einsicht scheint nichts zu nutzen. Denn schließlich sind fast alle für Umwelt- und Klimaschutz, ohne dass sich etwas Wesentliches ändert. Andererseits fiel Kopatz auf, dass die Einsicht meist erst nach der Änderung kommt. Was jammerten z.B. 1974 die deutschen Autofahrer über die Freiheitsbeschränkung, als der Sicherheitsgurt zwangseingeführt wurde. Heute ist jeder über diesen Lebensretter froh. Was warnten 2010 die Landwirte vor einer Versorgungslücke als die Käfighaltung verboten wurde und heute versorgen sich die Leute mit Eiern aus Bodenhaltung oder gar Freilandhaltung. Was schimpfen die Autofahrer, wenn Parkplätze verknappt und Busspuren erweitert werden. Doch wenn dann der Bus alle zehn Minuten pünktlich fährt, lassen dann die meisten doch ihren Pkw stehen. Was hat die deutsche Industrie gejammert, als in den 1980er Jahren die Rauchgasreinigung gesetzlich vorgeschrieben wurde. Heute ist sie auf diesem Gebiet zufriedener Weltmarktführer. Kopatz hat erkannt, der Staat muss regulierend eingreifen und dadurch die Bedingungen schaffen, die den Bürgern ermöglichen klima- und umweltfreundlich zu leben. Das geht nicht ohne Druck auf die Politik. „*Politisches Engagement ist wichtiger als privater Konsumverzicht*“, sagt deshalb Kopatz. Im Unterschied zu manch an-



deren schwer lesbaren Büchern, erläutert das der Autor in Minikapiteln anhand von ca. 170 Beispielen. Dabei versorgt er seine Leser mit Fakten, Ideen und sachlichen Argumenten.

Nur manchmal sind seine Vorschläge zu einfach gestrickt. Zum Beispiel wenn Kopatz meint, bei der Umstellung auf Biolandwirtschaft sei der Verkaufspreis im Laden kein Problem, Deutsche würde ohnehin nur 11% ihres Einkommens für Ernährung ausgeben. Doch er übersieht, dass das untere Drittel unserer „Wohlstandsgesellschaft“ bereits 40 % dafür ausgibt und je nach Wohnort auch noch 50 % für Miete. Oder wenn Kopatz sich über die Politiker wundert, warum sie nicht durch „einfache“ Gesetze die Langlebigkeit von Gebrauchsgütern vorschreiben. Doch wie soll das gehen, solange das Credo der Wirtschaftspolitik unbegrenztes Wachstum lautet.

Trotzdem, kaufen, schnell lesen und weitergeben!

Michael Kopatz: Schluss mit der Ökomoral! Wie wir die Welt retten, ohne ständig daran zu denken. oekom verlag, ISBN-10: 3962381317 , 240 Seiten, 20 EUR

Ökostromanbieter

Unser Leser Claus Stahl bat uns, darauf hinzuweisen, dass es nach wie vor eine gute Idee ist, zu Ökostromanbietern zu wechseln. Garantiert ohne Kohle- und Atomstrom-Bezug sind:

- EWS Schönau: info@ews-schoenau.de
- greenpeace energy: info@greenpeace-energy.de
- Naturstrom Handel GmbH: info@naturstrom.de
- Polarstern: hallo@polarstern-energie.de
- Ökostrom Plus: info@oekostromplus.de
- Strom von Föhr: info@strom-von-foehr.de

Nötige Angaben für neuen Anbieter:

- letzte Stromrechnung des alten Versorgers
- Jahresverbrauch in Kwh (auf der Rechnung)
- Zählernummer (auf der Rechnung)

Wechselgebühren entstehen nicht. Der neue Versorger erledigt alle weiteren Formalitäten.

Wer Fragen zum Wechsel hat, kann sich gern wenden an: Claus Stahl, Tel. 84636

In der Redaktion hatten wir eine kleine Diskussion dahingehend, ob's nicht auch sinnvoll sein kann, unsere lokalen (konzernunabhängige) Stadtwerke zu „unterstützen“. Wir meinen: Ja. Klar, der Ökostrom, den die Stadtwerke verkaufen, ist nur aus Wasserkraft – immerhin mit der Zertifizierung durch TÜV NORD. Und neben manchem dummen Zeug, machen sie in kleinem Rahmen auch Investitionen in PV und machen das Projekt „Solar-Celle“.

Soziogramme aus der Jetztzeit

Die gegenwärtige dritte Runde der Premieren am Schlosstheater kann mit ganz unterschiedlichen Einblicken in die Mentalität der Gegenwart punkten:

Auf der Hauptbühne konnten wir mit Ibsens „Nora“ eine zeitgenössische Lesart des Dramas einer jungen Beziehung der bürgerlichen Klasse sehen (großartig Zora Fröhlich und Gintas Jocius) – ein Klassiker ins Heute gehoben mit wenigen lässlichen Modernismen und einem aktuellen Schlussdeutungs-Angebot. So dürfen die Klassiker der Spielpläne auch einmal ausgelegt werden!

Weniger ist mehr:

Auf die Stärke der Textvorlage verlässt sich auch „Bin nebenan“ im Malersaal (bis Ende April) der Autorin Ingrid Lausund, von der bereits „Benefiz“ in der letzten Spielzeit in der Halle 19 zu sehen war.

Es geht nicht um das Wohnen (einmal mehr ein wenig unglücklich: die Präsentation des Inhalts im Flyer – bei „Unser Dorf soll schöner werden“ hingegen wurde seinerzeit zu viel vorab verraten), sondern um die Befindlichkeit von Frauen aus unterschiedlichen Klassen. Wir erleben den Status von Beziehungen. Beziehungsweise die Un-/Fähigkeit zu gelebter Verbindlichkeit.

Lausund mag sich an Brückners „Ungehaltene Reden ...“ erinnert haben und *beamt* die Befindlichkeit so unterschiedlicher Personen wie der upperclass Lady an ihrem Beziehungsende, der „sozialschwachen“ Frau mit dem großen Kämpferherz, der Gutmenschin und ihrem Problem im politisch-korrekten Umgang mit der Putzhilfe-mit-Migrationshintergrund auf die Bühne des kleinen Malersaales.

Das ist nicht immer lustig, weil der Blick stets scharf auf die inneren Widersprüche der Protagonistinnen gerichtet bleibt. Jedoch: Hier wird nie mensch vorgeführt



Gintas Jocius und Zora Fröhlich in "Nora oder ein Puppenhaus"; Foto: Hubertus Blume



Johanna Marx in "Bin Nebenan - Monologe für Zuhause"; Foto: Hubertus Blume

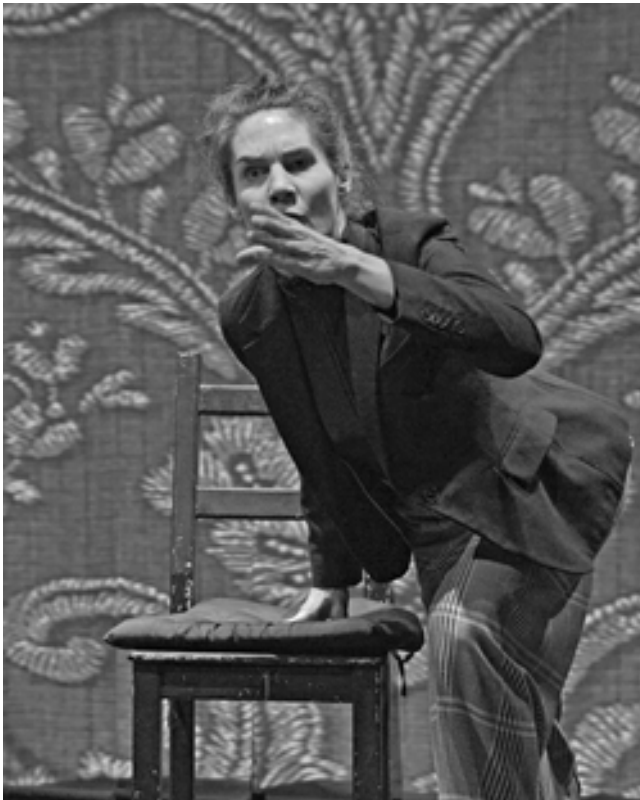
oder denunziert. Das macht die Stärke des Abends aus - diese kluge Vorlage. Dies und zwei Spielerinnen mit einer großen Leidenschaft für ihr Tun. Wenn am Premierenabend eine solche Spielfreude erlebt werden kann, dann war die Probenarbeit erfolgreich. (Mit einem Gruß an die Hausleitung: Es geht auch mit sparsamen Einsatz von Video - und Bühnentechnik.) Verena Saake und Johanna Marx finden in der blitzgescheiten Textvorlage wahrhafte Schauspielerleckerlis und eignen sich diese in bemerkenswerter Weise an. Ein Schmankerl dabei: die Möbelhausrally - eine krasse Kaufrausch-Satire.

Bühne und Ausstattung sind unaufdringlich und höchst effektiv.

Außerordentlich bemerkenswert diese *Meldungen aus der Nachbarschaft*.

Ausblick:

Wie es um die Beziehungsfähigkeit eines heutigen Menschen bestellt sein mag, das könnte einer von vielen Aspekten von Ariella Kornmeihls „**Alles was wir wissen konnten**“ (ab 17.4. auf der Hauptbühne) sein. Wie lebe ich als erfolgreicher junger Kunsthändler in den Staaten, inwieweit kann ich selbstbestimmt mein (Familien-) Leben gestalten, wenn mir meine wahre Identität - nämlich das Ergebnis einer Vergewaltigung während der Besetzung der Niederlande durch die Nazis zu sein - nicht of-



Verena Saake in "Bin Nebenan - Monologe für Zuhause";
Foto: Hubertus Blume

fenbart werden durfte, damit das Umfeld nicht in Gefahr gerät.

Kornmehls Roman variiert vielfach die Fragen nach dem Woher-komme-ich und wird in Celle zum ersten Male dramatisiert.

Das wird spannend: Anfang März skizzierten in einer längeren Veranstaltung für Schüler*Innen aus dem Landkreis im Bergener Stadthaus Regisseur, Dramaturg und Schauspieler*innen des Celler Theaters in Anwesenheit der Schriftstellerin Ariella Kornmehl den aktuellen Stand der Erarbeitung von Kornmehls autobiographischem Roman „**Alles was wir wissen konnten**“.

Wie die Prosa-Form der Roman-Vorlage in eine spielbare Bühnenfassung überführt wird, wurde anhand konkreter Szenen vorgeführt: Zuerst las die Autorin Passagen aus dem Roman - dann trugen die Spielerinnen die bis dahin erarbeitete Textfassung für die Bühne vor; wie Regisseur Bruno Winzen erläuterte, ermöglicht die eben andere Form der Vermittlung dem Zuschauer einen je andern Zugang zum Stoff als dem Leser. Phantasie, Empathie und das Hineinversetzen in das Innenleben der Figuren - das bleibt am Ende Aufgabe des Publikums. Und in der Tat: Das Hauptaugenmerk der Befragungen lag in eben dieser Richtung, wie fühlt es sich an, als Enkelin - gewissermaßen über den Kopf der Muttergeneration hinweg - Erbin eines schlimmen Familiengeheimnisses zu sein, wie mag sich die Oma gefühlt haben jahrelang schweigen zu müssen, oder aber auch: wie steht es um den Haupttäter, einen Gewaltverbrecher der gleichwohl Kunstliebhaber und liebevoller Vater seines durch eine

Vergewaltigung gezeugten Sohnes zu sein vermochte. Verena Saake und Zora Friedrich schilderten anschaulich, wie sie sich den Figuren durch Hineindenken – und Fühlen zu nähern versuchen, damit am Ende glaubhafte Personen auf der Bühne stehen, darüber hinaus spielen einige Spieler*innen gar noch mehrere Rollen; Dramaturg Matthias Schubert wies auf die Anforderungen hin, die eine so vielschichtige Darstellung, die ja auch unterschiedlichen Zeitebenen darzustellen hat, an den gesamten Theaterapparat stellt, hier sind ja auch die Abteilungen Kostüm, Maske und Bühnenbild ganz besonders gefordert.

Der Vormittag in Bergen zeigte, dass weiterführende Veranstaltungen für Schulklassen dem Verständnis dieser besonderen Theaterarbeit dienlich sind.

Bis zum 19. April hat das Schloßtheater erst einmal keine Vorführungen.

„**Bin nebenan**“ im Malersaal – Eintritt: 19 EUR - für Schüler*innen bis 20 Jahre 7 EUR, Schüler*innen und Studierende ab 21 Jahre 11 EUR

Hingewiesen sei hier mal wieder auf die Last-Minute-Tickets für Ermäßigungsberechtigte (z.B. Sozialleistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG): In den letzten 20 Minuten vor Vorstellungsbeginn sind im Kauf verbliebenen Karten zum Einheitspreis von 7,00 Euro erwerbbar.

GEPUNKT

Im Wald und auf der Heide #28

Eine Baumschutzsatzung hält die Stadtverwaltung für entbehrlich, man habe doch schon eine Vegetationssatzung. Und die, so Stadtbaurat Kinder, „ermöglicht einen flexiblen und nach fachlichen Kriterien ausgerichteten Umgang mit zu schützenden Landschaftsbestandteilen“ - wie z.B. den mit dieser Robinie (*Robinia pseudoacacia* L.), Baum des Jahres 2020, in der Hafestraße.



„Komet“ reflektiert historische Oberflächen

„Radical Self/Wurzelkind“ - so lautete der Titel der zweiteiligen Ausstellung von Silke Schatz 2006 im Bommann-Museum und in der Gotischen Halle des Celler Schlosses. „Schatz thematisiert in ihrem Werk-Zeichnungen, Objekte, Fotoarbeiten und Raum-Installationen-Orte, die eine besondere Bedeutung für sie haben.“ (Anita Shah im Katalog zur Ausstellung).

Ein solch besonderer Ort ist das Albrecht-Thaer-Haus, am östlichen Ende der Dammaschwiesen gelegen. Oskar Ansell, als Vertreter der RWLE Möller-Stiftung, sagt in seiner kurzen Rede bei der Übergabe des Bildes an die Niedersächsische Gedenkstättenstiftung, ihn erinnere der Blick auf das Haus, von der Pfennigbrücke kommend, besonders an den Wintertagen an eine dieser halbovalen Schüttelschneekugeln in den Andenkenläden.

Ein wesentlicher Aspekt der Ausstellung „Radical Self/Wurzelkind“ von 2006 war die Spurensuche zu Schatz' Familiengeschichte. In der wechselvollen Geschichte des Thaer-Anwesens, 1793 vom Begründer der modernen Landwirtschaft errichtet, dient das Haus unter anderem der SS von 1939 bis 1945 als Schulungsstätte und bot Wohnraum für die Angehörigen der SS.

So auch für Silke Schatz' Großeltern, da der Großvater, ein überzeugter Nationalsozialist, der auch 1943/44 an Erschießungen und Plünderungen hinter der Ostfront beteiligt war, hier als „Heimverwalter“ tätig war. So konnte die Familie bis kurz vor Kriegsende hier wohnen.

2006 bot sich für Silke Schatz die Möglichkeit, sich in dem seit längerem leerstehenden Haus auf die Suche zu begeben, die Suche nach Dokumenten, Hinweisen, Dingen, die auf ihre Großeltern hindeuten, Spuren, die davon zeugen, dass sie hier gelebt haben:

Alles wird durchsucht, in jeden Winkel geguckt, selbst die Tapeten werden abgelöst, in der Hoffnung, hier könnte als Untergrund z.B. eine Zeitung zum Vorschein kommen. Es findet sich aber nichts.

So dokumentiert Schatz alle Räume fotografisch, und zusammen mit den s/w-Fotokopien von Fotos aus der Stadt Celle (aus ihrem eigenen Archiv), wie Aufnahmen von der Altstädter Schule, Haesler-Bauten, von Fenstern in Fassaden etc., entsteht daraus die Collage „KOMET“.

Aus Thaers Haus sind es vor allem die Oberflächen der Wände und Fußböden, ein Ausschnitt aus einem Hochzeitsfoto ihrer Großeltern, eine Broschüre zum KZ Bergen-Belsen.

Der „KOMET“ mit seinen so gestalteten Sternspitzen wirft als Sinnbild die Frage auf, was passiert hinter den Kulissen, was liegt unter der Oberfläche?

„Insbesondere Schweifsterne und Kometen wurden bis ins späte 17. Jahrhundert häufig als Schicksalsboten



oder Zeichen der Götter angesehen, ihr plötzliches Auftauchen interpretiert als böses Omen kommenden Unglücks.“ (Anita Shah im Katalog zur Ausstellung)

Die Künstlerin sagt von ihrem Werk: „Die Collage „KOMET“ reflektiert historische Oberflächen und Celler Anblicke vor dem Einschlag und gefriert auf Papier.“

Nun ist also das Bild dauerhaft an den Ort zurückgekommen, der es hervorgebracht hat, „auf dass es, quasi im Gegensinn oder eigentlichen Sinn verstanden, HEIMkomme“, so Oskar Ansell von der RWLE Möller-Stiftung.



Silke Schatz, Komet, 2006, s/w Fotokopien von Fotos aus dem eigenen Fotoarchiv, 70 cm x 100 cm

1. كيف يمكن للمرء أن يصاب بالفيروس؟

يتم متابعة نقل الفيروس من شخص لآخر. ويحدث هذا على سبيل المثال أثناء السعال والتكلم أو عندما يمد الشخص يده للآخر.

2. كيف يعرف المرء بأن لديه العدوى بالفيروس؟

إذا كان لدى المرء عدوى بفيروس كورونا (Corona Virus)، فيحدث عنده على سبيل المثال سعال وزكام وخدوش في الحلق وحمى. وهذا شبيه جداً بالزلة الوافدة. ويحصل عند بعض الأشخاص إسهال أيضاً. وتكون حالة بعض المرضى أسوأ من حالة الآخرين؛ ويحصل عندهم مصاعب في التنفس أو التهاب في الرئتين.

وإذا كان لدى الشخص عدوى بالفيروس، فيمكن أن تستغرق بداية ظهور إشارات المرض لمدة تصل إلى 14 يوماً.

3. لماذا يكون فيروس كورونا خطيراً؟

يسير المرض بفيروس كورونا عند أكثر الناس بشكل خفيف. لكن يكون مسار المرض شديداً عند حوالي 15% من المصابين به؛ يصابوا بصعوبات في التنفس والتهاب في الرئتين. ولقت مات حتى الآن بسبب الفيروس قبل كل شيء المرضى كبار السن والأشخاص الذين كانوا قبل ذلك مرضى.

4. ماذي يجب علي أن أفعله، إذا ظهرت عندي علامات المرض؟

من يكن لديه حمى وسعال أو ضيق في التنفس، ويسكن في منطقة يوجد فيها أشخاص تم عواهم بالفيروس، فينبغي عليه الاتصال هاتفياً بالطبيبة أو الطبيب والاتفاق على موعد.

ومن يكن لديه حمى وسعال أو ضيق في التنفس، فينبغي عليه قدر الإمكان التقليل من التواصل مع الأشخاص الآخرين. حافظوا على مسافة متر ونصف إلى مترين أقل شيء كبعد عن الأشخاص الآخرين.

وإذا كان ممكناً، ابقوا في منزلكم أو في غرفتكم. اسعوا أو اعطسوا في كوع الذراع أو في منديل الجيب، الذي تتلّفوه بعد ذلك في سلة القمامة. اغسلوا أيديكم غالباً وبدقة (وخاصة بعد استخدام دورة المياه وقبل أن تُخضروا الطعام).

5. ماذي يجب علي فعله، إذا كان لدي تواصل مع شخص معدي بالفيروس؟

إذا كنتم قد تواصلتم شخصياً مع شخص آخر عنده عدوى بفيروس كورونا، فاتصلوا هاتفياً بالطبيب أو بإدارة الصحة (Gesundheitsamt) في مكان سكنكم، وتكلموا معهم عن ذلك. ويمكن أن يكون خط الهاتف مشغولاً، عندما يتصل كثير جداً من الناس بنفس الوقت. فالرجاء منكم أن تتصلوا هاتفياً في هذه الحالة بوزارة الصحة الاتحادية برقم الهاتف: "030 346 465 100". وتوجد المشورة باللغة الألمانية فقط.

وإذا كنتم تسكنون في إحدى مؤسسات استقبال اللاجئين أو في مركز إقامة جماعي، فأعلموا سريعاً إدارة المؤسسة أو من يرعاكم بذلك. بلغوا ذلك أيضاً على سبيل المثال مدرستكم، ومدرسة تعليم لغتكم، ومكان تدريبكم المهني أو مكان عملكم.